

Begleitbericht zum „Landesgesetzentwurf zur Direkten Demokratie - Anregungsrechte, Befra- gungsrechte, Stimmrechte“

Mit der, am 21. Februar 2001 in Kraft getretenen Reform des Autonomiestatutes hat das Land Südtirol die Zuständigkeit zur Festlegung der Regierungsform erhalten. Damit ist dem Land Südtirol in der Folge der Übertragung einer weitgehenden Verwaltungsautonomie auch die Kompetenz zuerkannt worden, die Ausübung der politischen Macht zu regeln, mittels der die Verwaltungsautonomie wahrgenommen wird. Im Wesentlichen geht es dabei um die Regelung der politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Mit dieser ist zum Einen festzulegen, wie die Bürgerinnen und Bürger nach den Regeln der indirekten Demokratie die ihnen in der Demokratie ursprünglich zuerkannten politischen Entscheidungsmacht einer politischen Vertretung übertragen und diese sie ausüben soll, zum Anderen, wie und in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger nach den Regeln der direkten Demokratie die politische Entscheidungsmacht selbst ausüben und zugleich auch eine direkte Kontrolle über die Tätigkeit der politischen Vertretung ausüben können sollen.

Vorliegender Gesetzentwurf regelt die Direkte Demokratie, jene Hälfte der Demokratie also, mit der den Bürgerinnen und Bürger angesichts der Delegation ihrer Entscheidungsmacht einerseits die politische Handlungsfreiheit erhalten bleibt und andererseits ein Kontrollrecht gegenüber der Tätigkeit der politischen Vertretung ausüben können. Sie ist eine notwendige Ergänzung zur indirekten, repräsentativen Demokratie. Ohne sie driften die Bürgerinnen und Bürger in eine problematische Zuschauerrolle, wenn nicht gar in die politische Apathie ab. Ohne sie verselbständigt sich politische Macht und entwickelt diese immer mehr, scheinbar durch höhere Effizienz legitimiert, autoritäre Formen.

Direkte Demokratie kann jetzt erstmals in Südtirol voll ausgebildet und damit eine vollwertige Demokratie geschaffen werden. Entscheidend ist dabei, dass die Ausgestaltung der Demokratie so weit als möglich von der Bevölkerung bewusst mitvollzogen werden kann. Aus diesem Grund wird der vorliegende Gesetzentwurf als Volksbegehren eingebracht. Ein weiterer Grund dafür ist die Überzeugung von der Wichtigkeit eines Qualitätsstandards, der die Erwartungen interessierter Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich anwendungsfreundlicher Regeln festhält. Angestrebt ist eine umfassende Regelung, die dem Stand der Diskussion und den Erfahrungen mit Direkter Demokratie in Europa gerecht wird.

Die Instrumente der Direkten Demokratie

Allseits anerkannt ist als Grundmuster für die Ausbildung der Direkten Demokratie die Formel „**Initiative und Referendum**“. Sie garantiert die einfache und effiziente Ausübung der direktdemokratischen Grundrechte: der direkten Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger und der politischen

Relazione accompagnatoria al „Disegno di legge provinciale sulla democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi“

La riforma dello Statuto di Autonomia, entrata in vigore il 21 febbraio 2001, ha conferito alla Provincia di Bolzano la competenza di disciplinare la propria forma di governo. Nel contesto della sua ampia autonomia amministrativa, la Provincia ha quindi acquisito anche la facoltà di regolamentare le modalità di esercizio del potere politico con il quale attua l'autonomia amministrativa. In sostanza si tratta della possibilità di disciplinare i diritti politici dei cittadini e delle cittadine della provincia. Da una parte va determinato il modo con cui i cittadini delegano, secondo le regole della democrazia indiretta, il proprio potere politico di decisione, originariamente a loro riconosciuto, ai rappresentanti politici e il modo come quest'ultimi lo esercitano. Dall'altra parte bisogna stabilire le regole che determinano in che misura la cittadinanza stessa dovrà esercitare il potere decisionale attraverso gli strumenti di democrazia diretta, e in quale modo potrà quindi esercitare un controllo diretto sull'attività dei rappresentanti politici.

La presente proposta di legge disciplina la democrazia diretta, cioè l'altra metà della democrazia, con cui la cittadinanza, considerando la delega del potere politico, conserva dall'una parte la libertà di azione politica e dall'altra esercita il proprio diritto di controllo sull'attività degli organi eletti. La democrazia diretta rappresenta il necessario completamento della democrazia indiretta, cioè rappresentativa. In mancanza di essa la cittadinanza si trova confinata nel problematico ruolo di puro spettatore, se non addirittura sospinta verso l'apatia politica. Senza di essa il potere politico tende a divenire auto-referenziale e, separandosi dai vincoli posti all'atto della delega, tende a sviluppare delle forme autoritarie, legittimandole con la necessità di accrescere l'efficienza.

Per la prima volta può essere pienamente sviluppata in Provincia di Bolzano la democrazia diretta costituendo una democrazia completa a tutti gli effetti. Assume però fondamentale importanza che nel processo di elaborazione delle regole, valide per la democrazia diretta, la popolazione venga direttamente coinvolta. Per questo motivo è stata scelta la via dell'iniziativa popolare. Un secondo motivo è la consapevolezza circa l'importanza degli standard di qualità della disciplina a cui si aspira: questi, infatti, esprimono le aspettative della cittadinanza in merito a delle regole praticabili e corrette. Si propone di introdurre una disciplina completa che tenga conto del dibattito e delle esperienze fatte con la democrazia diretta in altri paesi europei.

Gli strumenti della Democrazia Diretta

È generalmente riconosciuta quale modello di base della democrazia diretta la formula „**Iniziativa e referendum**“. Questa formula garantisce l'esercizio semplice ed efficace dei diritti democratici fondamentali: il controllo diretto da parte

Handlungsfreiheit. Die bisher auf gesamtstaatlicher Ebene bekannten Instrumente Direkter Demokratie fließen in diese beiden Grundformen ein: das sogenannte **abrogative** (gesetz- abschaffende), nunmehr mit Art 47 des reformierten Autonomiestatutes ergänzt mit dem sogenannten **positiven** (gesetz-einführenden) **Referendum** geht in die **Initiative** ein. Sie bietet in einem die Möglichkeit mittels Volksabstimmung geltende Gesetze abzuschaffen, abzuändern und/oder durch neue zu ersetzen. Das sogenannte **bestätigende Referendum** (referendum confermativo), wie es sowohl auf Staatsebene zur Kontrolle über Verfassungsänderungen vorgesehen ist, wie auch nunmehr auf Landesebene zur Kontrolle über die Regierungsformgesetze, wird hingegen als weitaus effizienteres und viel mehr den demokratischen Grundgedanken realisierendes Instrument (dass Beschlüsse der politischen Vertretung dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung entsprechen sollen) für die Kontrollfunktion übernommen, die bisher auf beschränkte Weise das abrogative Referendum erfüllt hat. Das Referendum (von referieren = berichten, und von den Entscheidungsbefugten begutachten lassen) entspricht damit wieder seiner ursprünglichen Bedeutung.

Das Grundmuster „**Initiative und Referendum**“ wird auf den verschiedenen Entscheidungsebenen ausgebildet: als Gesetzesinitiative und Gesetzesreferendum in Bezug auf die einfache Gesetzgebung, als Satzungsinitiative und Satzungsreferendum in Bezug auf die Regierungsformgesetze, als Verwaltungsinitiative und Verwaltungsreferendum in Bezug auf bestimmte Verwaltungsakte und Durchführungsverordnungen, als Statutsinitiative und Statutsreferendum in Bezug auf die Möglichkeit des Landtages, über den Regionalrat Vorschläge zur Abänderung des Autonomiestatutes an das römische Parlament zu richten. Mit diesen Instrumenten soll das Volk sein **Stimmrecht** ausüben können. Ergänzt wird dieses Grundmuster mit dem Instrument des Volksbegehrens, das als **Anregungs- oder Vorschlagsrecht**, wie derzeit schon möglich, die Möglichkeit bietet, den Landtag unverbindlich mit Gesetzesvorschlägen bzw., jetzt als zusätzliche Möglichkeit vorgesehen, die Landesregierung mit Vorschlägen zu Verwaltungsakten von Landesinteresse zu befassen. Es kann aber auch als Vorstufe zur Gesetzesinitiative genutzt werden und zwar immer dann, wenn der Vorschlag nicht unbedingt zur Volksabstimmung kommen soll. Die **Volksbefragung** hingegen bietet den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie ihrer politischen Vertretung noch vor einer Beschlussfassung die Möglichkeit einer Willenssondierung zu einem wichtigen Gegenstand. Sie ist ein weniger aufwendig anwendbares Instrument, das Orientierung möglich machen soll und nicht abschließende Urteile, weshalb diese Abstimmung unverbindlichen Charakter hat. Das einfachste der im Gesetzentwurf vorgesehenen direktdemokratischen Instrumente ist die Petition, die es der einzelnen Bürgerin und dem einzelnen Bürger gleichsam im Alleingang erlaubt, ein Anliegen von allgemeinem Interesse mit Anrecht auf eine Stellungnahme der politischen Vertretung zur Behandlung vorzulegen.

Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger und Beschlüsse der politischen Vertreter können in Form eines Gesetzes, einer Durchführungsverordnung zu einem Gesetz, einer Anregung an den Regionalrat zur Ergreifung von Initiativen zur Abänderung des Autonomiestatutes und in Form von Beschlüssen zu Verwaltungsakten der Landesregierung, die sich auf Vorhaben von Landesinteresse beziehen, Gegenstand eines Volksbegehrens, eines Referendums, einer Initiative oder einer Volksbefragung sein.

della cittadinanza e la piena libertà politica di agire. Gli strumenti di democrazia diretta finora conosciuti a livello nazionale confluiscono in queste due forme principali: grazie all'art. 47 dello Statuto di Autonomia riformato il cosiddetto **referendum abrogativo** viene integrato con il **referendum propositivo**. Entrambi confluiscono nella cosiddetta “**iniziativa**”. Nasce così la possibilità di abrogare, modificare o sostituire norme vigenti tramite una votazione popolare. Il **referendum confermativo**, invece, è già previsto, a livello nazionale, allo scopo di controllare le modifiche apposte dal legislatore alla Costituzione e, a livello della provincia di Bolzano, per il controllo da parte della cittadinanza delle “leggi di forma di governo” viene recepito come uno strumento di controllo molto più efficace ed adatto alla realizzazione dell'idea base di democrazia quanto non lo sia il referendum abrogativo. Esso prevede che le norme approvate dalla rappresentanza politica debbano poter essere sottoposte ad una “verifica popolare” per accertare che abbiano effettivamente il consenso della maggioranza della popolazione. Il termine “referendum” reca il significato originale di “referire” (allo scopo di far verificare da chi ha diritto alla decisione) e attraverso questo nuovo istituto il referendum recupera la sua valenza originale.

Il modello fondamentale “**iniziativa e referendum**” viene applicato alle norme prodotte sui vari livelli di governo: l'iniziativa e il referendum legislativo per la legislazione ordinaria; l'iniziativa e il referendum statutario per le leggi che disciplinano la forma di governo; l'iniziativa e il referendum amministrativo in merito agli atti amministrativi e le norme di attuazione; infine anche l'iniziativa e il referendum sullo Statuto in merito alla facoltà del Consiglio provinciale di inviare – tramite il Consiglio regionale – delle proposte di emendamento dello Statuto di Autonomia al Parlamento a Roma. Grazie a questi strumenti la popolazione potrà esercitare il proprio **diritto al voto referendario**. Queste forme di voto vengono comunque completate con lo strumento della **proposta di legge di iniziativa popolare** che, quale diritto di petizione e di proposta, offre fin da ora la possibilità di presentare al Consiglio provinciale proposte di legge, oppure, come ulteriore possibilità, di sottoporre alla Giunta provinciale proposte per gli atti amministrativi di interesse provinciale. Questo strumento può comunque essere utilizzato come primo gradino per una vera e propria iniziativa di legge nei casi in cui i promotori non intendessero portare in ogni caso la propria proposta a votazione. Il **referendum consultivo** invece può servire sia alla cittadinanza che ai rappresentanti politici per il sondaggio delle volontà e degli orientamenti in riguardo a questioni importanti prima di una decisione politica. Si tratta di uno strumento più semplice, meno impegnativo nell'attuazione, che dovrebbe consentire un certo orientamento, piuttosto che un verdetto definitivo, ragione per cui questa votazione non ha carattere vincolante. Lo strumento più semplice previsto nella proposta di legge è la **petizione** che consente anche al singolo cittadino avente diritto di voto di proporre quesiti di pubblico interesse, acquisendo il diritto di ricevere una risposta da parte della rappresentanza politica.

Proposte della cittadinanza e delibere dei rappresentanti politici possono essere oggetto di un referendum, di un'iniziativa popolare o di un referendum consultivo in forma di una legge, una norma di attuazione di una legge, un'iniziativa indirizzata al Consiglio regionale per emendare lo Statuto di Autonomia, una delibera relativa ad un atto amministrativo della Giunta provinciale di interesse provinciale.

Teil 1 des Gesetzentwurfes: Die allgemeinen Verfahrenbestimmungen bei der Ausübung der Anregungsrechte, des Befragungsrechtes und der Stimmrechte durch die BürgerInnen.

1° parte della proposta di legge:
Le norme procedurali generali nell'esercizio dei diritti di petizione, di consultazione e dei diritti referendari da parte dei cittadini e delle cittadine

Die Zulässigkeit einer Vorlage

Bei der Regelung der Direkten Demokratie ist grundsätzlich von einer Gleichberechtigung der Bürgerinnen und Bürger mit den politischen Vertretern auszugehen. Das muss sich auch in den Bedingungen für die Zulässigkeit einer Vorlage widerspiegeln. Der Entscheidungsbereich des Landtages und jener der Bürgerinnen und Bürger soll sich also im wesentlichen decken. Von diesem Grundsatz sind mit Rücksicht auf die entsprechende geltende italienische Rechtslage ausgenommen die Steuergesetze, die Haushaltspläne (nicht aber einzelne Posten desselben), die Geschäftsordnung des Landtages und internationale Abkommen.

Bedingung für die Zulässigkeit ist auch die Einheit der Materie einer Vorlage. Sie soll im Sinne einer klaren Entscheidungsmöglichkeit im Unterschied zur bisher geltenden Praxis nicht gewährleistet werden durch den Ausschluss von nicht entsprechenden Vorlagen, sondern, wenn nötig, und wenn die Komplementarität der nicht einheitlichen Elemente der Vorlage gegeben ist, durch die Aufspaltung der Frage in mehrere Fragen, die sich auf die nicht einheitlichen Elemente beziehen.

Im Sinne einer Bestätigung der Funktion der Landtagspräsidentenschaft als unabhängiger und überparteilicher Funktion, die ein demokratisches Arbeiten des Landtages gewährleisten soll, ist die Prüfung der Zulässigkeit einer Vorlage der Verantwortung der Landtagspräsidenten überlassen.

Um einer Unzulässigkeitsklärung vorzubeugen, haben die Bürgerinnen und Bürger in der Phase der Ausarbeitung der Vorlage, so wie die Landtagsabgeordneten, das Recht auf eine Beratung durch das Rechtsamt des Landtages.

Die Unterschriftensammlung

Jede/r stimmberechtigte/r Bürger/in kann die Beschlussvorlage mit ihrer/seiner Unterschrift unterstützen. Bislang muß die Unterschrift in Anwesenheit eines Notars, Gerichtskanzlisten, Friedensrichters, des Gemeindegemeindeführers oder eines vom Bürgermeister beauftragten Beamten abgegeben und von diesem beglaubigt werden. In der Regel bedeutet das den Gang ins Rathaus. Wenn das Gespräch, die Verständigung der Menschen, etwas vom Wichtigsten bei Initiativen aus dem Volk ist, dann wird diese durch eine solche Regelung erschwert (abgesehen von den objektiven Schwierigkeiten, eine Unterschrift im Einklang von Öffnungszeiten des Amtes und den Arbeitszeiten der Menschen z. B. auch außerhalb der Wohnsitzgemeinde, abzugeben).

Wie bisher üblich, sieht der Gesetzentwurf die Beglaubigung der Unterschriften vor. Es ist aber nicht entscheidend, **wer** für die Richtigkeit der Unterschriften, sondern **daß** jemand dafür garantiert und strafrechtlich verantwortlich ist. Deshalb soll auf Anfrage und ohne Unterschied jede/r wahlberechtigte

L'ammissibilità dell'oggetto

Nell'ambito della democrazia diretta bisogna, in linea di principio, partire dall'equiparazione dei cittadini con i rappresentanti politici. Questo dato di fondo deve riflettersi nelle condizioni di ammissibilità di una proposta. Nell'esercizio di strumenti di democrazia diretta la sfera di competenza della cittadinanza deve coincidere perciò sostanzialmente con quella del Consiglio provinciale. A questo principio non sottostanno, in accordo con la normativa italiana vigente, le leggi tributarie, i bilanci preventivi annuali (non però singoli voci di esso), il regolamento interno del Consiglio provinciale e i trattati internazionali.

Un'altra condizione per l'ammissibilità di una proposta consiste nell'unità della materia, cioè deve trattarsi di un unico oggetto. Essa è necessaria per la chiarezza della decisione richiesta. Questa va garantita, a differenza di quanto praticato finora, non escludendo proposte non appropriate, ma, se necessario, e se sussiste la complementarità degli elementi non unitari della proposta non, suddividendo il quesito in varie domande che, a loro volta, si riferiscono agli elementi non unitari della proposta.

L'esame dell'ammissibilità di una proposta è compito della presidenza del Consiglio provinciale, affermano la sua funzione quale organo super partes e indipendente che deve garantire procedure democratiche all'interno del Consiglio provinciale.

Per prevenire un'eventuale dichiarazione di non-ammissibilità i cittadini, nella fase dell'elaborazione della proposta di delibera, hanno la possibilità di consultarsi con l'Ufficio legale del Consiglio provinciale, alla pari dei Consiglieri provinciali.

La raccolta delle firme

Ogni avente diritto al voto può sostenere la proposta di delibera con la sua firma. Finora la firma doveva essere resa in presenza di un notaio, di un cancelliere giudiziario, di un giudice della pace, di un segretario comunale o di un altro funzionario delegato dal sindaco e da questi autenticata. Di regola questo significa doversi recare nel municipio. Ma, se la comunicazione, il dialogo rappresentano modalità costitutive per la realizzazione di iniziative popolari, questa comunicazione è inutilmente ostacolata da questo regolamento (a prescindere dalle difficoltà oggettive di far coincidere gli orari di apertura con gli orari di lavoro delle persone interessate a dare la propria firma che spesso lavorano anche fuori dal proprio comune di residenza).

La proposta di legge, seguendo la prassi tradizionale, prevede l'autenticazione delle firme. Non è però decisivo **chi** garantisce per l'autenticità delle firme, ma **che** ci sia qualcuno che garantisca e che se ne assuma la responsabilità penale. Ogni

BürgerIn vom Bürgermeister mit der Beglaubigung für die Unterschriftensammlung in der eigenen Gemeinde beauftragt werden können. Damit ist gesichert, daß dort gesammelt werden kann, wo sich die Menschen aufhalten und auch Zeit haben, sich zu informieren und miteinander zu reden.

Diese Regelung entspricht dem sich immer mehr durchsetzenden Bild vom selbstverantwortlichen Bürger, der mit dem, seit 7. Oktober 2001 in Kraft befindlichen neuen Verfassungsartikel 118 auch direkt institutionelle Aufgaben und Verantwortung wahrnehmen kann. Auf alle Fälle unterliegt derjenige oder diejenige, der/die die Unterschriften beglaubigt, in dieser Funktion allen Bestimmungen, die für Beamte, die sie ausüben gelten. Wird eine Unterschrift fälschlich beglaubigt, dann kann er/sie dafür strafrechtlich belangt werden.

Die Unterschriftenzahl – Zugang nicht nur für jene, die es ohnehin schon leicht haben, politischen Einfluß auszuüben

Daß heute der Landtag oder die Bürgerinnen und Bürger, vor lauter Beteiligung derselben am öffentlichen Leben, nicht mehr zum Arbeiten kommen könnten, wird wohl niemand ernsthaft meinen. Wir dürfen froh sein, wenn sich Menschen öffentlich engagieren! Die Frage, wie viel Zustimmung in der Bevölkerung Bürgerinnen und Bürger dazu berechtigt die gesamte Bevölkerung mit einem bestimmten Thema / einer Frage zu befassen, darf jedenfalls nicht willkürlich beantwortet werden, sondern muß

- a) anhand von bewährten Erfahrungswerten und
- b) aufgrund einer bestimmten Rechtslogik beantwortet werden.

Kommt man über beide Wege ungefähr zum gleichen Ergebnis, dann besteht guter Grund anzunehmen, eine hinreichende gut begründbare Einstiegshürde gefunden zu haben.

- a) Ein Anhaltspunkt sind die geltenden Prozentsätze für eine nötige Zustimmung in der Bevölkerung zur Durchführung von Volksabstimmungen: sie liegen in der Schweiz mit den ältesten und bewährtesten Erfahrungswerten und in Italien zwischen 1,5 und 3 %. Dem entspricht der Wert von ca. 7.500 Unterschriften (= 2 %), die im reformierten Autonomiestatut für das Referendum vorgeschrieben sind, das in Bezug auf die Grundgesetzgebung in Südtirol angewandt werden kann und die Unterschriftenzahl, die für das geltende Referendum zur vollständigen oder teilweisen Abschaffung von Gesetzen (8.000) vorgesehen ist. Da dieses direkt demokratische Instrument mit den niederen Unterschriftenzahlen bisher so gut wie gar nicht angewandt worden ist (4 Anträge auf ein abschaffendes Referendum seit 1957, von denen keines zur Abstimmung gekommen ist) hat das Argument, es müssten höhere Unterschriftenzahlen angesetzt werden um Missbrauch zu verhindern, keine Berechtigung.
- b) Es folgt hingegen einer überzeugenden Rechtslogik, von einer Übereinstimmung auszugehen zwischen der Berechtigung einer Bürgerin / eines Bürgers als Mandatar Gesetzentwürfe zur Behandlung und Beschlussfassung vorzulegen und der Berechtigung als Bürgerinnen und Bürger in Volksabstimmungen entscheiden zu können. Wenn also für ein volles Landtagsmandat ungefähr 7.000 Stimmen nötig sind, dann muss die Berechtigung für Bürgerinnen und Bürger, den Mandatären gleichberechtigt gesetzgeberisch tätig zu werden, bei einer Zustimmung in

cittadino o cittadina avente diritto di voto deve poter essere autorizzato dal sindaco del proprio comune all'autenticazione delle firme raccolte nell'ambito del comune stesso. Così si consentirebbe di raccogliere le firme in quei posti in cui la gente si ritrova e ha il tempo per comunicare ed informarsi.

Questo regolamento corrisponde all'immagine, sempre più presente, di un cittadino autoreponsabile che in base al nuovo articolo 118 della Cost. in vigore dal 7/10/01 può essere anche incaricato a svolgere compiti istituzionali (per es. l'autocertificazione). Comunque la persona che autentica le firme è vincolata a tutte le norme in questi casi vigenti per i funzionari pubblici. Qualora una firma venisse falsificata o autorizzata illecitamente, la persona incaricata ne risponde secondo il diritto penale.

Il numero di firme necessario – garantire l'accesso non solo per coloro che già hanno tutte le strade aperte per influenzare la politica

Non c'è certamente da temere che il Consiglio provinciale o la cittadinanza a furia di partecipare alla vita pubblica non trovi più il tempo di lavorare. Possiamo essere contenti se i cittadini si impegnano per il bene comune! Si pone comunque la questione di quanto consenso necessita un gruppo di cittadini per poter sottoporre una determinata questione a tutta la popolazione. Questo problema non può essere risolto in maniera arbitraria, ma in base a

- a) delle esperienze affermate
- b) ad una certa logica del diritto.

Se entrambe le strade ci portano allo stesso risultato, c'è una buona ragione per poter assumere di aver trovato una soglia d'avvio ben ponderata.

- a) Un punto di aggancio sono le percentuali vigenti per il necessario assenso della popolazione per lo svolgimento di referendum: la Svizzera in questo riguardo vanta l'esperienza più lunga ed applica, come anche l'Italia, delle quote oscillanti fra il 1,5 e il 3% dell'elettorato. A questo corrisponde il valore dei circa 7.500 firme (=2%), previsti dal nuovo Statuto di Autonomia per il referendum relativo alla legislazione "costituzionale" in Alto Adige. Nello stesso modo sono previste dall'attuale regolamento provinciale sul referendum per l'abolizione totale o parziale di leggi 8.000 firme. Poiché questi strumenti di democrazia diretta che prevedono un numero di firme relativamente ridotto finora non sono quasi mai stati utilizzati (solo 4 richieste per un referendum abrogativo a partire dal 1957, di cui nessuno è arrivato alla votazione), è poco credibile che ci sia bisogno di un numero di firme più alto per evitare un eventuale abuso dello strumento.
- b) Si segue invece una logica convincente quando si parte da una coincidenza fra il diritto che un cittadino o una cittadina ha di fare proposte di legge nella veste di consigliere provinciale, e del diritto della cittadinanza di poter decidere nell'ambito di votazioni popolari. Se quindi per un mandato pieno al Consiglio provinciali sono richiesti almeno 7.000 voti il diritto di un gruppo di cittadini e cittadine di operare sul piano legislativo alla pari di un consigliere deve collocarsi su una soglia paragonabile di firme richieste. Va inoltre tenuto presente che un voto elettorale, dato in forma segreta all'interno della cabina elettorale, è

ähnlichem Ausmaß liegen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass eine in der Wahlkabine geheim abgegebene Stimme einfacher und unverbindlicher zu bekommen ist, als eine öffentliche Unterschrift für ein Volksbegehren.

Die Übereinstimmung der Zahlen deutet daraufhin, dass die festzulegende gültige Berechtigung bei etwa 2 % der wahlberechtigten Bevölkerung liegt. Im Gesetzentwurf werden dementsprechend für das Referendum 7.500 Unterschriften vorgesehen (und wird damit die vom reformierten Autonomiestatut vorgegebene Zahl übernommen) und für die Gesetzesinitiative 10.000 Unterschriften.

Damit ist gewährleistet, daß nicht nur jene die Instrumente nutzen können, die starke Organisationen hinter sich haben, sondern gerade auch Minderheiten, die sich schwer tun, mit ihren Anliegen in die Öffentlichkeit zu dringen. Die Geschichte lehrt uns, daß es immer wieder kleine Minderheiten sind, von denen wichtige Entwicklungsschritte ausgehen.

Ein Amt für Wahlen und Abstimmungen

Die verwaltungsmäßige Anwendung der Instrumente besorgt ein zur Bewältigung der neuen Zuständigkeiten des Landes in Sachen Wahlen und Abstimmungen eingerichtetes Amt. Dieses wird mit dem vorliegenden Gesetz damit beauftragt, innerhalb von zwei Jahren eine Reform der Verfahrensbestimmungen zur Durchführung von Volksabstimmungen zum Zweck der Kostenminimierung und einer größeren Beteiligungsmöglichkeit auszuarbeiten.

Im einzelnen erfüllt das Amt für Wahlen und Abstimmungen folgende Aufgaben:

Damit für eine Beschlussvorlage Unterschriften gesammelt werden können, muss an das Amt für Wahlen und Abstimmungen ein entsprechender Antrag gestellt werden. Ist der Antrag zur Unterschriftensammlung vollständig, werden den Antragstellern vom Amt die dafür notwendigen Unterschriftenbögen ausgehändigt. Unterschriften können nur auf den vom Amt für Wahlen und Abstimmungen ausgehändigten Unterschriftenbögen gesammelt werden.

Bevor die Frist für die Unterschriftensammlung abgelaufen ist, muss die Beschlussvorlage zusammen mit den notwendigen Unterschriften beim Amt für Wahlen und Abstimmungen eingebracht werden. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen kontrolliert, ob die Sammelfrist eingehalten worden ist und ob die notwendigen Unterschriften eingesammelt werden konnten.

Teil 2: Die Anregungsrechte und das Befragungsrecht

Der Gesetzentwurf sieht zwei Anregungsrechte vor: die Petition und das Volksbegehren.

Das Petitionsrecht

ist das Recht eines/r jeden einzelnen im Land Südtirol wohnhaften Bürgers/in, beim Landtag oder bei der Landesregierung, je nach Kompetenz, Eingaben zu machen. In einem einfachen und kurzen Text kann er/sie sein/ihr Anliegen zur Behandlung vorbringen, wenn dieses von allgemeinem Interesse ist. Die Petition wird innerhalb von sechs Monaten von der zuständigen Gesetzgebungskommission bzw. vom zu-

un voto più semplice che la firma posta, pubblicamente, sotto una proposta di legge di iniziativa popolare.

La coincidenza dei numeri implica che il numero minimo di cittadini necessario per avviare un'iniziativa o un referendum deve collocarsi al circa 2% degli aventi diritti al voto. Perciò nella presente proposta di legge per il referendum si propongono 7.500 firme (e quindi ci si adatta al numero già previsto dallo Statuto di Autonomia riformato) e per l'iniziativa di legge si prevedono 10.000 firme.

Così si garantisce che questi strumenti non possano essere utilizzati solo da coloro che sono già sostenuti da forti organizzazioni, ma anche da minoranze che faticano invece a portare i loro problemi nella sfera di attenzione pubblica. La storia insegna che sono sempre state piccole minoranze che hanno avviato importanti passi per lo sviluppo generale della società.

Un ufficio per le elezioni e votazioni

Viene istituito un ufficio per le elezioni e votazioni, per gestire le nuove competenze provinciali concernenti il voto elettorale e referendario. Con la presente legge questo ufficio viene incaricato ad elaborare entro due anni una riforma delle norme procedurali per lo svolgimento di referendum allo scopo di ridurre i costi e di ampliare la partecipazione.

Specificamente l'Ufficio per le elezioni e votazioni espleta i seguenti compiti:

Per poter raccogliere firme per una proposta di delibera occorre indirizzare la relativa domanda all'Ufficio per le elezioni e votazioni. Se la domanda per la raccolta delle firme è completa ai richiedenti vengono consegnati le schede necessarie. Le firme possono essere raccolte solo sulle schede consegnate dall'Ufficio per le elezioni e votazioni.

Prima della decorrenza del termine per la raccolta delle firme, la proposta di delibera, corredata delle firme raccolte, va consegnata all'Ufficio elettorale e votazioni. L'ufficio controlla se il periodo di raccolta è stato rispettato e se il numero di firme richiesto è stato raggiunto.

2° parte: I diritti di indirizzo e il diritto di consultazione

La proposta di legge prevede due diritti di indirizzo: la petizione e la proposta di iniziativa popolare.

Il diritto di petizione

Il diritto di petizione è il diritto di ogni cittadino residente in Provincia di Bolzano di presentare delle proposte al Consiglio oppure alla Giunta provinciale. Nell'ambito di un testo breve e semplice il cittadino può articolare la sua proposta che dev'essere di interesse generale. Di seguito la petizione va esaminata, entro sei mesi, dalla competente Commissione legislativa oppure dall'Assessore competente per la materia.

ständigen Landesrat begutachtet, und ein entsprechender Bericht muss dem Einbringer sowie den Landtagsabgeordneten bzw. der Landesregierung vorgelegt werden. Dank dem Petitionsrecht kann jede Bürgerin und jeder Bürger die Landtagsabgeordneten bzw. die Landesregierung anregen, Normen setzend (oder auch abschaffend) tätig zu werden.

Das Volksbegehren

Mit einem Volksbegehren kann der Landtag bzw. die Landesregierung angeregt werden, Normen setzend (oder auch abschaffend) tätig zu werden. Mit dem Unterschied, dass in diesem Fall die Anregung von vielen ausgeht und nicht von einem/r Einzelnen.

Geht die Anregung an den Landtag, muss die Beschlussvorlage einen ausformulierten Gesetzentwurf zum Gegenstand haben. Geht die Anregung an die Landesregierung, muss die Beschlussvorlage entweder einen ausformulierten Entwurf für eine Durchführungsverordnung zu einem Landesgesetz oder einen ausformulierten Entwurf zu einem Verwaltungsakt von Landesinteresse zum Gegenstand haben.

Ein Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn innerhalb von sechs Monaten 2.500 Unterschriften gesammelt werden konnten. Ist die Beschlussvorlage an den Landtag adressiert, hat zuerst die zuständige Gesetzgebungskommission sechs Monate Zeit, über den Gesetzentwurf zu befinden. Anschließend hat auch der Landtag 6 Monate Zeit, endgültig zum Gesetzentwurf eine Entscheidung zu treffen. Diese kann sein:

- a) den Gesetzentwurf zu verabschieden;
- b) den Gesetzentwurf mit Abänderungen zu verabschieden;
- c) einen eigenen Gesetzentwurf in der Materie zu verabschieden;
- d) den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ist die Beschlussvorlage an die Landesregierung adressiert, befindet darüber zunächst und innerhalb von sechs Monaten der zuständige Landesrat, und anschließend hat die Landesregierung wiederum 6 Monate Zeit, zum Entwurf einer Durchführungsverordnung oder eines Verwaltungsaktes von Landesinteresse die eben genannten Entscheidungen zu treffen.

Die Volksbefragung

Das Befragungsrecht ist in Form der Volksbefragung anwendbar. Es gibt immer wieder Fälle, in denen es sinnvoll ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, bevor Gesetze, Durchführungsverordnungen oder Verwaltungsakte erlassen werden, die eine große Tragweite haben, klarstellen können, was sie sich diesbezüglich von den politischen Vertretern erwarten. Und manchmal werden die politischen Vertreter dies selber gerne wissen wollen. Für diese Fälle ist die Volksbefragung ein geeignetes Instrument. Damit können die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger in einer Volksabstimmung, die auch vom Landtag oder von der Landesregierung veranlasst werden kann, zu einer Beschlussvorlage zwar um ihre Meinung gefragt werden, sie können damit aber nicht selbst eine Entscheidung treffen.

Ein Begehren auf Volksbefragung ist zustande gekommen, wenn innerhalb von 3 Monaten 5.000 Unterschriften dafür gesammelt werden konnten. Damit haben die Einbringer des Begehrens das Recht erworben, die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger zu der von ihnen eingereichten Be-

Al cittadino proponente e ai consiglieri provinciali o alla Giunta provinciale va inoltrato un relativo rapporto. Grazie al diritto di petizione ogni singolo cittadino può sollecitare i consiglieri provinciali o la Giunta provinciale a varare oppure ad abrogare norme.

La proposta di legge di iniziativa popolare

Con una proposta di legge di iniziativa popolare il Consiglio provinciale o la Giunta provinciale possono essere sollecitati a varare o abrogare delle norme. In questo caso l'iniziativa parte da tanti cittadini e non da un singolo cittadino.

Se la sollecitazione a legiferare è indirizzata al Consiglio provinciale la proposta di delibera deve contenere una proposta di legge completamente formulata. Se la sollecitazione è indirizzata alla Giunta provinciale la proposta di delibera, o deve contenere una bozza di norma di attuazione pienamente formulata, o una bozza articolata per un atto amministrativo di interesse provinciale.

Una proposta di iniziativa popolare è attuabile se entro sei mesi si è riusciti a raccogliere 2.500 firme. Se la proposta di delibera fosse indirizzata al Consiglio provinciale, in una prima fase la Commissione legislativa competente per l'argomento ha sei mesi di tempo per esaminare la proposta di legge. Di seguito anche il Consiglio provinciale ha sei mesi di tempo per prendere una decisione definitiva sulla proposta di legge. Questa decisione può essere una delle seguenti:

- a) approvare la proposta di legge
- b) approvare la proposta di legge con delle modifiche
- c) approvare una propria proposta di legge relativa alla stessa materia
- d) respingere la proposta di legge.

Se la proposta di delibera è indirizzata alla Giunta provinciale in un primo momento, ma sempre entro sei mesi, ne decide l'Assessore competente. Quindi la Giunta provinciale per conto suo ha sei mesi di tempo di prendere le decisioni sopra elencate sulla proposta di norma di attuazione o su un atto amministrativo di interesse provinciale.

Il diritto di consultazione (referendum consultivo)

Il diritto di consultazione è applicabile nella forma del referendum consultivo. Questo consta nel diritto dei cittadini con diritto di voto di sottoporre una propria proposta di delibera ad un referendum. Sono frequenti i casi - soprattutto trattandosi di leggi, norme di attuazione o atti amministrativi di grande portata - in cui i cittadini andrebbero sentiti per poter esprimere le loro aspettative nei confronti dei rappresentanti politici. E talvolta gli stessi rappresentanti politici sono curiosi di sapere cosa pensa la popolazione. Lo strumento adeguato a questi casi è il referendum consultivo. In base ad esso, i cittadini possono essere consultati riguardo ad una proposta di delibera, ma non possono decidere in prima persona. Un referendum consultivo può essere promosso anche dalla Giunta o dal Consiglio provinciale.

Si può presentare una proposta di referendum consultivo raccogliendo 5.000 firme entro sei mesi. Così i promotori della proposta ottengono il diritto di poter consultare tutti i

schlussvorlage zu befragen, ob und wie ein Problem, eine Materie von allgemeinem Interesse gehandhabt werden soll. Zum Beispiel: wie das Verkehrsproblem im Pustertal gelöst werden soll. Das Volk kann damit eine politische Orientierung vorgeben. Damit diese möglichst klar ausfällt, kann eine Beschlussvorlage auch mehrere verschiedene Vorschläge zur Lösung eines Problems anbieten. Ein Beispiel: Verschiedene Vorschläge zur Lösung des Verkehrsproblems im Pustertal, die von der Schnellstraße bis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs reichen, können in der Volksbefragung alle zur Auswahl stehen.

Die Volksbefragung kann, wenn es sich um eine Beschlussvorlage handelt, die die Bevölkerung nur in einem Landesteil betrifft, auf diesen Landesteil beschränkt werden.

Die zuständige Institution (Landesregierung oder zuständige Gesetzgebungskommission) muss eine begründete Stellungnahme zum Ausgang der Befragung abgeben und dazu, wie sie gedenkt, das Ergebnis zu berücksichtigen.

Teil 3: Die Stimmrechte

Das Stimmrecht kann mit den Instrumenten des Referendums und der Initiative ausgeübt werden. Das Autonomiestatut selbst sieht ein Referendumsrecht vor.

Das Referendumsrecht

Gemäß Artikel 47 Absatz 5 kann jedes vom Landtag verabschiedete Gesetz, das dazu beiträgt, die Regierungsform unseres Landes zu definieren (z.B. das Gesetz zur Wahl des Landtages), durch ein entsprechendes Begehren dem Referendum unterworfen werden. Gemäß diesem Absatz 5 ist das Referendumsbegehren zustande gekommen, wenn innerhalb von 3 Monaten ca. 7.500 Unterschriften (im Absatz 5 ist von 1/50 der Stimmberechtigten die Rede) gesammelt werden konnten. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Es macht Sinn, von den Gesetzen, die die Regierungsform des Landes Südtirol definieren, von Landessatzungsgesetzen zu sprechen. Das heißt, die Gesetze zur Regierungsform des Landes bilden in ihrer Gesamtheit die Landessatzung, in der die Regeln für die Demokratie in unserem Lande stehen. Dementsprechend ist das Referendum, wie es von Artikel 47 Absatz 5 des Autonomiestatutes vorgesehen ist, als **“Satzungsreferendum“** bezeichnet.

Diese statutarisch vorgesehene Form des Referendums ist im Gesetzentwurf als Grundmuster für vier weitere Formen des Referendums übernommen worden.

Gemäß Artikel 47 des Autonomiestatutes, der im Rahmen der Bestimmungen zur Regierungsform weitere Stimmrechte vorsieht, führt der Gesetzentwurf das **Gesetzesreferendum** ein. Mit diesem kann jedes Landesgesetz und eine jede Durchführungsverordnung zu einem Landesgesetz dem Referendum unterworfen werden.

Ein Gesetzesreferendum kommt zustande, wenn innerhalb von 3 Monaten 7.500 Unterschriften gesammelt werden. Die Beschlussvorlage kommt zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung, in der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen über Ablehnung oder Annahme entscheidet.

cittadini con diritto di voto, su un determinato quesito, cioè sul se e in che modo un problema vada risolto. La popolazione di questo modo può esprimere un proprio orientamento. Affinché questa espressione sia più chiara possibile, una proposta di delibera potrà contenere anche diverse soluzioni alternative per un problema. Esempio: se si trattasse di risolvere il problema del traffico in Val Pusteria, le possibili soluzioni possono spaziare dalla costruzione di una superstrada fino al potenziamento dei mezzi di trasporto pubblico.

Il referendum consultivo può, se si tratta di una proposta di delibera che interessa solo la popolazione di una parte della provincia, essere limitato a questa parte del territorio provinciale.

L'istituzione competente (Giunta provinciale o commissione legislativa competente) deve esprimersi in modo fondato sul risultato del referendum consultivo e sulle sue intenzioni di tener conto del suo risultato.

3^a parte: I poteri referendari

Il potere referendario è esercitato attraverso gli strumenti del referendum e dell'iniziativa. Lo Statuto di Autonomia prevede un diritto al referendum.

Il diritto al referendum

Ai sensi dell'art.47, comma 5, ogni legge approvata dal Consiglio provinciale tesa a definire la forma di governo della nostra provincia (per es. la legge elettorale per il Consiglio provinciale) può essere sottoposta a referendum qualora la cittadinanza lo richiedesse. Secondo detto comma la proposta di referendum è accettata se entro tre mesi vengono raccolte 7.500 firme. Nel comma 5 si parla, infatti, di 1/50 degli aventi diritto al voto. Nella votazione popolare decide la maggioranza dei votanti.

In questo contesto parliamo di leggi che hanno valore di leggi costitutive per la Provincia. In altre parole: le leggi che definiscono la forma di governo della provincia formano lo **“Statuto della Provincia”** (non lo Statuto di Autonomia). Vi sono racchiuse tutte le regole per la democrazia della nostra provincia. Di conseguenza definiamo il diritto al referendum secondo l'art. 47, comma 5, dello Statuto di autonomia **“referendum statutario”**.

Questa forma di referendum prevista dallo Statuto di Autonomia nella presente proposta di legge è stata assunta come matrice di fondo per altri quattro tipi di consultazione referendaria.

La presente proposta di legge introduce il **referendum legislativo**, sulla base dell'articolo 47 dello Statuto di Autonomia, che, nell'ambito delle norme sulla forma di governo, prevede altri diritti referendari. Grazie ad esso ogni legge provinciale ed ogni norma di attuazione di una legge provinciale può essere sottoposta ad un referendum.

Stando alla nostra proposta di legge un referendum legislativo è indetto se entro tre mesi sono state raccolte 7.500 firme a questo scopo. Sul quesito proposto si vota quindi nella successiva scadenza referendaria prefissata. Nel referendum la maggioranza dei votanti decide se la proposta sia da attuare o da bocciare.

Das Gesetzesreferendum ist eine Garantie für die Bürgerinnen und Bürger, dass die politische Vertretung keine Entscheidung fällt, für die es im Land keine Mehrheiten gibt. Regierung und Landtag müssen auf dieser Grundlage lernen, die Stimmberechtigten zu überzeugen anstatt diesen nur zu verordnen.

Bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Durchführungsverordnungen werden damit Beteiligungsverfahren für die Zivilgesellschaft wichtig. Sie garantieren eine rasche Umsetzung der neuen Bestimmungen, wenn erst einmal ein Konsens gefunden worden ist.

Das Verwaltungsreferendum

Die Möglichkeit Verwaltungsbeschlüsse der Volksabstimmung zu unterwerfen ist im Gesetzentwurf auf jene Fälle begrenzt, in denen ein explizites Landesinteresse vorliegt. Dieses liegt dann vor, wenn mit Beschlüssen hohe Ausgaben verbunden sind, wenn es sich um stark umweltrelevante Beschlüsse handelt oder wenn die Landesregierung selbst ihre Entscheidung als von Landesinteresse deklariert. Das heißt, es kommen nur Verwaltungsbeschlüsse zur Abstimmung, an denen aufgrund der hohen Kosten oder der Umweltrelevanz die gesamte Bevölkerung Südtirols interessiert ist und nicht beispielsweise nur eine einzelne Gemeinde.

Verwaltungsakte von Landesinteresse sind:

- a) Beschlüsse, die Ausgaben über ein Tausendstel des Landeshaushaltes zum Inhalt haben;
- b) Beschlüsse, die wiederkehrende Ausgabe über ein Fünftausendstel des Landeshaushaltes zum Inhalt haben;
- c) die Projekte betreffen, für die es einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf;
- d) einzelne Fachpläne zur Landesentwicklungsplanung betreffen
- e) wenn die Landesverwaltung erklärt, dass ein Verwaltungsakt von Landesinteresse ist.

Die Anwendung des Referendums auf Verwaltungsbeschlüsse ist so geregelt, dass es nicht zu Verwaltungsblockaden kommt. Mit dem Referendum werden nicht vollendete Tatsachen in Frage gestellt und damit Verzögerungen verursacht, sondern kann sichergestellt werden, dass nur Beschlüsse rechtskräftig werden, die auch mehrheitlich von der Bevölkerung geteilt werden. Über ihr Rechtskräftigwerden kann die Bevölkerung nur entscheiden, wenn innerhalb von 45 Tagen nach Beschlussfassung 7.500 Unterschriften für die Durchführung einer Volksabstimmung gesammelt werden. Ist dies der Fall, dann kommt der Gegenstand des Beschlusses zum nächstmöglichen Abstimmungstermin zur Abstimmung, d.h. bei drei jährlich festgesetzten Abstimmungsterminen, mindestens innerhalb der kommenden 4 Monate. Eine solche Verzögerung ist unter diesen Voraussetzungen (Beschlüsse von Landesinteresse, 7.500 Unterschriften in 45 Tagen) mehr als gerechtfertigt.

Letztlich wird die Landesregierung aufgrund einer solchen Eingriffsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger im Interesse der Legitimitätserhaltung sicher mehr als bisher darauf bedacht sein, keinen Anlass für einen Referendumsantrag zu geben, womit im Vorhinein viele Streitfälle, die bislang zu langwierigen und kostspieligen Gerichtsverfahren und Verschleppung von notwendigen Lösungen führen (Bauschuttrecyclinganlage, Mülldeponie Sachsenklemme, MeBo ...), vermieden werden.

da bocciare.

Il referendum legislativo è una garanzia per la cittadinanza affinché non vengano prese decisioni scavalcando i cittadini, magari approvando leggi o progetti che non sono sostenuti dalla maggioranza della popolazione. Un governo deve imparare a persuadere il Consiglio provinciale e l'elettorato invece di imporre la propria volontà, rischiando così la sconfitta nel momento di un'eventuale referendum.

Di questa maniera le procedure di partecipazione della società civile all'elaborazione di leggi e norme di attuazione guadagnano di importanza e garantiscono la rapida attuazione una volta trovato il consenso.

Il referendum amministrativo

Nella presente proposta di legge la possibilità di sottoporre atti amministrativi a referendum è limitata a quei casi in cui c'è un effettivo interesse provinciale, realtà che si verifica se alle delibere sono legate spese che superano un limite stabilito, se si tratta di un progetto a forte impatto ambientale o se la stessa Giunta provinciale li qualifica come atti di interesse provinciale. Ciò significa che solo quegli atti, che a causa degli alti costi o della rilevanza ambientale interessano tutta la popolazione e non solo un comune, possono essere sottoposti a votazione referendaria.

Atti amministrativi di interesse provinciale sono i seguenti:

- a) atti amministrativi che impegnano più di un millesimo del bilancio preventivo provinciale;
- b) atti amministrativi che impegnano in forma ricorrente un cinquemillesimo del bilancio preventivo provinciale;
- c) atti amministrativi che riguardano progetti che esigono una valutazione di impatto ambientale;
- d) riguardano piani di settore della pianificazione dello sviluppo provinciale
- e) atti amministrativi che vengano dichiarati di interesse provinciale dall'amministrazione provinciale stessa.

L'applicazione del referendum agli atti amministrativi è disciplinata in modo tale da evitare un blocco delle attività amministrative. Col referendum non vengono messi in discussione atti già approvati e attuati, causando così more e ritardi, ma si vuole garantire che le delibere entrino in vigore soltanto se condivise dalla maggioranza della popolazione. La popolazione può decidere sull'entrata in vigore solo nel caso in cui entro 45 giorni dalla delibera vengono raccolte le 7.500 firme necessarie per indire il referendum. In tal caso l'argomento oggetto del referendum è posto a votazione nella prossima scadenza referendaria utile, cioè avendo tre scadenze annuali il referendum si svolgerà al più tardi entro quattro mesi. Il rallentamento della procedura legislativa, in virtù dei presupposti menzionati (solo delibere di interesse provinciale, necessaria la raccolta di 7.500 firme entro 45 giorni) è da considerarsi più che legittimo.

Inoltre la Giunta provinciale, in virtù di un tale diritto di intervento della cittadinanza nell'interesse della conservazione della legittimità, sarà maggiormente tesa a non provocare una richiesta di referendum. In tal modo numerose questioni che in passato hanno condotto a costose e macchinose procedure giudiziali e al procrastinarsi di soluzioni (impianto di riciclaggio di materiali inerti a Bronzolo, deposito di rifiuti Sachsenklemme vicino Fortezza, MeBo...) avrebbero potuto essere evitate.

Questa forma di referendum è prevista per esempio anche

Diese Form von Referendum ist beispielsweise statutarisch in der Region Emilia Romagna vorgesehen.

Das Statutsreferendum

Auch Vorschläge des Landtages an den Regionalrat zur Abänderung des Autonomiestatutes (gemäß Art. 103, Absatz 2 des selben) können dem Referendum unterworfen werden. Gemäß Entwurf kommt ein solches zustande, wenn innerhalb von drei Monaten 7.500 Unterschriften gesammelt werden. Der Vorschlag an den Regionalrat zur Abänderung des Autonomiestatutes kommt zum nächst möglichen Termin zur Abstimmung und auch dort entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, ob er angenommen oder verworfen werden soll.

Das Initiativrecht

gibt die Möglichkeit zu einer Volksabstimmung über eine Beschlussvorlage, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst ausgearbeitet worden ist. Zu unterscheiden sind:

- die **Satzungsinitiative**, bezogen auf einen Gesetzentwurf zum Gegenstand, der dazu beiträgt die Regierungsform unseres Landes zu definieren
- die **Gesetzesinitiative**, bezogen auf einen einfachen Gesetzentwurf oder einen Entwurf zu einer Durchführungsverordnung zu einem Gesetz
- die **Verwaltungsinitiative**, bezogen auf einen Entwurf zu einem Verwaltungsakt von Landesinteresse
- die **Statutsinitiative**, bezogen auf einen Vorschlag an den Regionalrat zur Abänderung des Autonomiestatutes gemäß Artikel 103 Absatz 2.

Die StimmbürgerInnen ergreifen immer dann die (Volks)-Initiative, wenn in einer Sache nichts weiter geht oder wenn sie etwas ganz Neues vorschlagen sowie wenn sie bereits bestehende Normen abändern oder abschaffen wollen. Im Unterschied zum Volksbegehren, das ein Anregungsrecht ist, kommt es bei der Volksinitiative nach der Behandlung der Beschlussvorlage im Landtag oder in der Landesregierung zur Volksabstimmung über die Beschlussvorlage. In der Abstimmung entscheiden die abgegebenen Stimmen, ob die Beschlussvorlage rechtskräftig werden soll.

Damit eine Volksinitiative zustande kommt, müssen innerhalb von sechs Monaten 10.000 Unterschriften zu einer Beschlussvorlage gesammelt werden. Ihre Behandlung in den Institutionen entspricht bis zur Abstimmung im Plenum jener des Volksbegehrens.

Bei der Abstimmung kann der Landtag den vorgeschlagenen Gesetzentwurf, so wie er vorliegt, beschließen. In diesem Fall kommt es mit der Zustimmung der Einbringer nicht zur Volksabstimmung. Lehnt der Landtag den Gesetzentwurf ab, kommt es zur Volksabstimmung, in der die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob die Beschlussvorlage rechtskräftig werden soll.

Es gibt auch eine dritte Möglichkeit: Der Landtag arbeitet einen Gegenentwurf aus, der mit zur Volksabstimmung gebracht wird. In diesem Fall sind die Stimmbürger/innen aufgerufen zu entscheiden,

- ob der Gesetzentwurf der Initiative rechtskräftig werden soll
- ob der Gegenentwurf des Landtages rechtskräftig werden soll
- oder, für den Fall, dass beide Vorlagen den Vorzug gegenüber dem status quo erhalten, mit der Beantwortung einer Stichfrage, welche der beiden Vorlagen rechtskräftig werden soll.

dallo Statuto della Regione Emilia Romagna.

Il referendum sullo Statuto

Possono essere sottoposti a referendum (secondo l'art. 103, comma 2, dello Statuto di Autonomia) anche le proposte del Consiglio provinciale al Consiglio regionale per emendare lo Statuto di autonomia. Secondo la presente proposta il referendum sullo Statuto sarebbe indetto se e solo se entro tre mesi venissero raccolte 7.500 firme. Sulla proposta referendaria contenente l'emendamento proposto al Consiglio regionale allo Statuto di Autonomia si voterebbe alla prima scadenza referendaria utile. Anche in questo caso la maggioranza dei votanti deciderebbe se accettare o meno la proposta di delibera.

Il diritto di iniziativa

Il diritto di iniziativa dà la possibilità di indire un referendum su una proposta di delibera elaborata dagli stessi cittadini. Vanno tenuti distinti:

- l'**iniziativa statutaria**, concernente proposte di leggi che definiscono la forma di governo della nostra provincia;
- l'**iniziativa legislativa** concernente una proposta di legge semplice o una proposta di norma di attuazione;
- l'**iniziativa amministrativa** concernente una proposta riguardante un atto amministrativo d'interesse provinciale;
- l'**iniziativa dello Statuto** concernente una proposta al Consiglio regionale sulla modifica dello Statuto di Autonomia secondo l'art. 103, comma 2.

I cittadini aventi diritto al voto possono prendere l'iniziativa in quei casi in cui il legislatore non viene incontro alla richiesta di regolamentare una determinata materia, se intendono proporre qualcosa del tutto nuovo, e quando desiderano abrogare delle norme esistenti. A differenza del diritto all'iniziativa popolare nella sua forma tradizionale, che è un diritto propositivo, nel caso dell'iniziativa come l'abbiamo definita in questa sede si arriva al voto popolare sul quesito dopo che la Giunta o il Consiglio provinciale ne hanno discusso. E, come detto sopra, decidono i votanti se un quesito debba entrare in vigore o meno, cioè non esiste il quorum.

Per consentire un'iniziativa popolare devono essere raccolte 10.000 firme nell'arco di sei mesi. Di seguito inizia il percorso legislativo della bozza di delibera attraverso le istituzioni. Questo percorso pure sembrando identico nelle fasi iniziali a quello dell'iniziativa popolare ha un epilogo differente.

Al termine dell'iter il Consiglio provinciale può anche approvare la proposta di legge che gli è stata sottoposta evitando così il voto popolare. Se il Consiglio provinciale invece respingesse la proposta, la decisione se la bozza di delibera debba entrare in vigore o meno passa ai cittadini aventi diritto al voto.

Sussiste anche una terza possibilità: il Consiglio provinciale elabora una controproposta, che verrà sottoposta al voto popolare assieme alla proposta originale dei promotori. In questo caso i cittadini sono chiamati a decidere

- se approvare la bozza di delibera di iniziativa popolare
- se approvare la bozza di delibera del Consiglio provinciale
- sulla domanda sussidiaria, cioè se entrambe le proposte ricevessero le necessarie preferenze rispetto allo status

einer Stichfrage, welche der beiden Vorlagen rechtskräftig werden soll.

Teil 4: die Verfahrensbestimmungen zur Volksabstimmung

Abstimmungstermine und -modus

Das Amt für Wahlen und Abstimmungen legt innerhalb 15. Dezember eines jeden Jahres drei Sonntage des nächsten Jahres fest, die zur Abhaltung von Volksabstimmungen geeignet sind. Die drei Abstimmungssonntage werden vom Amt für Wahlen und Abstimmungen terminlich so fixiert, daß sie nicht mit Wahlsonntagen zusammenfallen. Die Zusammenlegung einer Volksabstimmung mit einer Wahl, ausgenommen mit einer Landtagswahl, kann in begründeten Fällen vorgesehen werden. Ebenso kann die Abstimmung über eine einzige Vorlage, wenn keine Dringlichkeit gegeben ist, aus Gründen der Kosteneinsparung auf den kommenden Abstimmungstermin verschoben werden.

Mit drei vorgesehenen Terminen ist gewährleistet, daß Referenden bald zur Abstimmung kommen können und somit Beschlüsse des Landtages oder der Landesregierung nicht unnötig lange ausgesetzt bleiben. Auch über Beschwerden und Anfechtungen, die den Ablauf der Volksabstimmung betreffen, entscheidet in erster Instanz das Amt für Wahlen und Abstimmungen. Gegen dessen Entscheidungen kann beim Verwaltungsgerichtshof Rekurs eingelegt werden.

Weiters gibt das Amt für Wahlen und Abstimmungen für jeden Abstimmungssonntag eine Abstimmungsbroschüre heraus, in dem alle Beschlußvorlagen, über die abgestimmt wird, vorgestellt werden. Diese Abstimmungsbroschüre bekommt jede/r stimmberechtigte Bürgerin und Bürger vor der Abstimmung zugeschickt.

Wenn der Landtag in der Behandlung im Plenum eine Abänderung der Beschlussvorlage beschließt oder einen Gegenentwurf ausarbeitet, dann kann er diesen ebenfalls zur Abstimmung bringen. In diesem Fall können die StimmbürgerInnen entscheiden:

- a) ob die Vorlage der BürgerInnen rechtskräftig werden soll;
- b) ob der Gegenentwurf des Landtages rechtskräftig werden soll;
- c) in einer Stichfrage, welche Vorlage rechtskräftig werden soll, falls beide mehrheitlich angenommen werden.

Kein Beteiligungsquorum, es entscheidet die Mehrheit der Abstimmenden

Seit dem Referendum am 8. Oktober 2001 über die Verfassungsänderung für eine föderale Organisation des italienischen Staates ist es offensichtlich: Ein Beteiligungsquorum ist bei Volksabstimmungen in Italien kein verfassungsrechtliches Muß – bei Verfassungsreferenden entscheidet die Mehrheit der Abstimmenden. Das gleiche gilt für das seit August 2002 rechtskräftige Referendum, das auf die Regierungsgesetze angewandt werden kann. Ist aber ein Referendum in Bezug auf die Grundgesetzgebung (Verfassung, Satzung) ohne Beteiligungsquorum Realität, dann besteht auch keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zu einem solchen in Bezug auf die einfache und das heißt, weniger zu schützende Gesetzgebung.

Das Beteiligungsquorum ist eine außerhalb Italiens so gut

quo, occorre scegliere quale delle due bozze vincenti dovrebbe entrare in vigore.

4^a parte: Le norme procedurali per il voto referendario

Termini e procedure di votazione

L'ufficio elettorale e referendario determina entro il 15 dicembre di ogni anno tre domeniche dell'anno successivo che si prestano come giornate di eventuale voto popolare. Tali domeniche vengono scelte dall'Ufficio elettorale e referendum in tal modo da non coincidere con domeniche elettorali. La contemporaneità di votazioni elettorali e popolari può essere prevista in casi motivati e solo se non si tratta di elezioni provinciali. Inoltre la votazione su una singola proposta può essere spostata per motivi di risparmio finanziario qualora non sia data urgenza di votazione.

Le tre scadenze garantiscono che i referendum possano essere svolti con solerzia evitando quindi che le delibere del Consiglio e della Giunta provinciale vengano sospese per tempi troppo lunghi. I risultati della votazione delle sezioni elettorali nei singoli comuni vengono immediatamente comunicati dall'Ufficio elettorale e referendum. Questo Ufficio quindi accerta subito il risultato finale a livello provinciale. Anche sui ricorsi riguardanti lo svolgimento del referendum in prima istanza decide l'Ufficio elettorale. Contro le sue delibere si può presentare ricorso presso il T.A.R.

Inoltre l'Ufficio elettorale e referendum pubblica un opuscolo informativo per ogni domenica prevista come scadenza di consultazione popolare in cui si illustrano tutti i quesiti posti nel referendum. Questo opuscolo viene recapitato ad ogni cittadino avente diritto al voto.

Prevediamo la possibilità che il Consiglio provinciale approvi una modifica della proposta di delibera o elabori una controproposta che potrà portare in votazione. In questo caso i/e cittadini/e nel voto referendario sarebbero chiamati/e a rispondere a tre quesiti:

- a) se approvare la proposta di delibera d'iniziativa popolare
- b) se approvare la controproposta del Consiglio provinciale
- c) alla domanda sussidiaria, quale dei due oggetti debba entrare in vigore, qualora ambedue fossero approvati a maggioranza.

Nessun quorum di partecipazione minima affinché venga premiato chi partecipa

Con il referendum sulle modifiche alla Costituzione per l'organizzazione federale dello Stato italiano (8 ottobre 2001) è stato reso evidente che un quorum di partecipazione non è un obbligo generale voluto dalla Costituzione: nel caso dei referendum costituzionali decide la maggioranza dei votanti. Lo stesso vale per i "referendum statutari", previsti dal nostro Statuto (cfr. pag. 9), applicabili per i referendum sulla "forma di governo". Se non è previsto un quorum di partecipazione per i voti popolari sulla legislazione costituzionale (Costituzione, statuti regionali), tanto meno c'è ragione o vincolo costituzionale che giustifichi di prevedere un quorum per le votazioni popolari su leggi ordinarie.

Il quorum di partecipazione è un regolamento quasi sconosciuto all'estero e corrisponde ad un'interpretazione della

wie unbekannte Regelung und entspricht dem einseitig auf die repräsentative Demokratie reduzierten Demokratieverständnis in Italien. Als Verfahrensregel eines Beteiligungsinstrumentes entmutigt es Beteiligung zu praktizieren und enthält es die Möglichkeit einer effektiven Stimmenthaltung vor. Zur Beteiligung kann nicht gezwungen werden, indem man sie erschwert, sondern Beteiligung soll sich lohnen. Nicht legitim ist die schlichte Gleichsetzung von Gründen der Nichtbeteiligung, die da sein können: Desinteresse, Bequemlichkeit, Inkompetenz, Unentschlossenheit und die verschiedensten privaten Gründe der Verhinderung, mit einer ablehnenden Haltung zum Vorschlag, der zur Abstimmung kommt. Solche Gründe sind, genau so wie bei Wahlen, als Stimmenthaltungen zu zählen, die niemandem das Recht nehmen dürfen, mit der eigenen Stimme mitentscheiden zu wollen.

Die Schweizer Direkte Demokratie lebt seit über hundert Jahren ohne Beteiligungsquorum so gut, dass bisher niemand darauf verfallen ist, es einzuführen. Dasselbe gilt beispielsweise auch für die 50jährige Direkte Demokratie in Bayern. In Italien verleitet es hingegen immer wieder Gegner einer Initiative zum Diskussionsboykott, und das ist das letzte, was im Rahmen von direktdemokratischen Verfahren möglich sein sollte.

Nur bei wenigen Gesetzesinitiativen ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung dafür ein spezifisches Interesse aufbringt. Für wie wenig Gesetzesinitiativen im Landtag wäre dies der Fall. So aber, wie die Bevölkerung an ihre politischen Vertreter die Vollmacht überträgt sich mit der Regelung der verschiedensten Materien zu befassen, von denen die meisten nur einen kleinen Teil der Gesellschaft wirklich interessieren, so sollen Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit haben an ihre Mitbürger die Zuständigkeit zu delegieren, über Materien, die ihnen wichtig sind und in denen diese sich selbst als urteilsfähig empfinden, entscheiden zu können. Der Anteil jener, die in der Schweiz nie zu einer Abstimmung gehen beträgt nicht mehr als 10 % der WählerInnen, und Südtirol hat eine traditionell hohe Wahl- und Abstimmungsbeteiligung.

Diese an den verschiedenen Abstimmungen insgesamt zu 90 % sich beteiligende Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass ihre jeweilige Beteiligung gültig ist unabhängig davon, wie viele BürgerInnen am jeweiligen Thema interessiert sind. Schon weil bei geltendem Beteiligungsquorum die meisten BürgerInnen damit rechnen müssten, daß dann, wenn ihnen eine Abstimmung wichtig ist, eine schweigende Mehrheit ihnen die Berechtigung dazu vorenthalten könnte, wird eine große Mehrheit in der Bevölkerung ein solches ablehnen.

Wenn allgemein bekannt ist, dass jene entscheiden, die zur Abstimmung gehen, und wenn mit der vorgesehenen Abstimmungsbroschüre für alle Stimmberechtigten die erforderliche Information gewährleistet ist, dann ist nicht zu befürchten, dass eine abstimmende Minderheit einer desinteressierten und uninformierten Mehrheit, die nicht zur Abstimmung geht, ihren Willen aufnötigt. Somit kann und soll auf ein Beteiligungsquorum verzichtet werden.

democrazia, che la limita a forma rappresentativa, indiretta. Come regola procedurale scoraggia la partecipazione e preclude la possibilità dell'astensione vera e propria. Non si può costringere l'elettorato alla partecipazione al voto penalizzando chi partecipa e premiando chi non partecipa. Inoltre non è legittimo porre tutti i motivi di non-partecipazione sullo stesso livello: mancanza di interesse, comodità, incompetenza, indecisione ed altri più svariati motivi privati di impedimento con un chiaro atteggiamento di opposizione nei confronti di una proposta posta a votazione. Questi motivi vanno valutati alla pari delle astensioni in sede elettorale, che non debbono togliere a nessuno il diritto di decidere col proprio voto, cioè di avere delle elezioni valide anche con una partecipazione al voto inferiore al 50%.

La democrazia diretta svizzera da più di un secolo funziona bene senza il quorum di partecipazione, e quindi non si registrano tentativi di introdurre dei quorum. Lo stesso vale per la democrazia diretta in Baviera che conta ormai 50 anni. In Italia invece il quorum continua ad offrire agli oppositori di un referendum la possibilità del boicottaggio, cosa totalmente contrario a quanto aspira la democrazia diretta.

Solo in pochi casi di iniziative di legge particolarmente importanti possiamo assumere che la maggioranza della popolazione abbia un interesse specifico di partecipazione. In ugual modo sono anche poche le iniziative di legge nel Consiglio che suscitano tale interesse. La popolazione delega ai suoi rappresentanti politici la facoltà di occuparsi di tutta una serie di materie diverse, di cui la maggior parte interessa solo una parte piccola della società. Parimenti i cittadini dovrebbero anche avere la possibilità di delegare la competenza di decidere su determinate materie a quei concittadini che si interessano di tale materia, che si ritengono competenti in essa e che ci tengono a decidere su essa. La quota dell'elettorato svizzero che non partecipa mai alle votazioni popolari raggiunge appena il 10% degli elettori e anche l'Alto Adige si contraddistingue da una partecipazione al voto molto alta.

Quindi, in generale alle diverse votazioni la popolazione partecipa col 90% e ha un diritto che la votazione sia valida a prescindere dal numero di cittadini interessati al rispettivo argomento. Il vigere di un quorum di votanti implica che la maggior parte dei cittadini interessati ad un argomento debbano temere che una maggioranza silenziosa prevenga la loro possibilità di decidere su un quesito referendario. Già solo per questo motivo la maggioranza della popolazione non dovrebbe mai accettare l'esistenza di un quorum.

Se è un fatto risaputo che decidono coloro che partecipano alla votazione e se viene garantita la necessaria informazione attraverso l'opuscolo referendario inviato a tutti gli aventi diritto al voto, non c'è rischio che una minoranza informata ed interessata faccia prevalere il suo interesse a scapito di una maggioranza disinteressata e non informata che non partecipa alla votazione. Perciò si può e si deve rinunciare ad un quorum di partecipazione.

Teil 5: Die Garantieklauseln

Rechtsberatung für hochwertige und erfolgreiche Initiativen

So wie Abgeordnete ihre gesetzgeberische Arbeit mit Hilfe eines gut ausgestatteten Rechtsamtes erfüllen können sollen, so sollen alle BürgerInnen, die direktdemokratische Instrumente anwenden wollen, eine solche Beratung in Anspruch nehmen können. Ihre Vorschläge sollen juristisch einwandfrei und durchführbar und auf diese Weise eine Bereicherung der politischen Diskussion sein. Es hat niemand etwas davon, wenn sie nachher als unzulässig zurückgewiesen werden müssen. Die entsprechende Ausstattung des Rechtsamtes des Landtages ist eine lohnende Investition.

Ebenso sollen die Einbringer einer Beschlußvorlage zu deren Übersetzung den Übersetzungsdienst des Landtages in Anspruch nehmen können.

Gleichberechtigung, wenn es um Information geht

Die Abstimmungsbroschüre: Jede/r Stimmberechtigte soll das Recht haben, unabhängig von der Berichterstattung der Medien, objektiv über den Inhalt einer Abstimmung informiert zu werden; nicht anders als Landtagsabgeordnete, die alle Unterlagen zu einem Entwurf erhalten.

Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, daß alle Stimmberechtigten 30 bis 40 Tage vor der Abstimmung eine Broschüre erhalten, in der sachlich korrekt der Gegenstand der Abstimmung selber, die befürwortende und die ablehnende Position dazu dargelegt sind.

Die Fairneßregel: Wenn öffentliche Gelder verwendet werden, um im Hinblick auf eine Abstimmung für eine Position zu werben (z.B. mit Veranstaltungen oder Werbedrucke), müssen solche im gleichen Ausmaß der Gegenposition zur Verfügung gestellt werden.

Das par-conditio-Gesetz, das im Sinne einer gleichberechtigten Präsenz in den Medien bei Wahlen zur Anwendung kommt, gilt auch im Falle von Volksabstimmungen.

Die Transparenzregel - damit alle wissen, wer mit wie viel dahintersteht

Es muß akzeptiert werden, daß hinter einer Initiative starke Interessen mit viel Geld stehen und damit massiv werben können, und hinter anderen nicht viel mehr als die Überzeugung von der Richtigkeit des Anliegens. Wichtig ist aber, daß diejenigen, die über deren Annahme oder Ablehnung entscheiden sollen, wissen, wer mit wie viel Geld hinter einer Initiative steht. Deshalb ist mit dem Gesetz vorgesehen, daß alle Geldgeber mit Beträgen über 5000 Euro in der Abstimmungsbroschüre aufscheinen müssen.

Damit die guten Ideen nicht am lieben Geld scheitern – die Kostenrückerstattung

Im Grunde ähnlich wie Parteien, jedoch zeitlich und sachlich begrenzt, erfüllen auch die Promotoren einer Volksinitiative

5^a parte: Le clauseole di garanzia

Consulenza giuridica per iniziative di alto valore

I consiglieri provinciali per il loro lavoro legislativo possono avvalersi dell'aiuto dell'Ufficio legale della Provincia. Nella stessa maniera ogni cittadino intenzionato ad avvalersi degli strumenti di democrazia diretta dovrebbe potersi rivolger a questo servizio. Le sue proposte dovrebbero essere attuabili ed ineccepibili sotto il profilo giuridico per arricchire in questo modo il dibattito politico. Non gioverebbe a nessuno se una proposta venisse successivamente respinta perché inammissibile. Attrezzare l'Ufficio legale della Provincia di questa facoltà è un investimento utile.

In ugual modo i promotori di una proposta di delibera devono poter utilizzare per la traduzione dei testi il servizio traduzioni del Consiglio provinciale.

Pari diritti quando si tratta di informare la popolazione

L'opuscolo referendario: ogni cittadino avente diritto al voto, a prescindere dall'informazione dei media, ha il diritto a un'informazione oggettiva sul contenuto della votazione popolare così come i consiglieri provinciali hanno a disposizione i necessari documenti per approfondire un problema.

Perciò prevediamo che tutti gli aventi diritto al voto ricavino, 30-40 giorni prima del referendum, un opuscolo in cui si illustra in forma non faziosa l'oggetto della votazione popolare, la posizione favorevole e quella contraria.

La regola della correttezza: se vengono investiti fondi pubblici per promuovere una posizione, in vista di un referendum (per esempio tramite manifestazioni o stampe) fondi pubblici di ugual misura devono essere messi a disposizione anche alla posizione contraria.

La legge della par condicio punta sull'equa presenza nei media in occasione delle elezioni e vale anche per tutti le votazioni popolari.

Affinché tutti sappiano chi finanzia cosa - La regola della trasparenza.

Non si può escludere che dietro una data iniziativa ci siano forti interessi economici appoggiati con ampi fondi finanziari attraverso i quali siano possibili costose campagne pubblicitarie. Per contro altri gruppi possono investire poco più della buona volontà e della propria convinzione di perseguire una giusta causa. Importante è, invece, che coloro che devono decidere se accogliere o respingere un quesito, sappiano chi finanzia con quanto denaro quale iniziativa. A tal fine è previsto che tutti gli sponsor che abbiano conferito importi superiori a 5.000 € compaiano sull'opuscolo informativo ufficiale.

Affinché le buone idee non naufraghino solo per mancanza di fondi – il rimborso delle spese.

I promotori di un'iniziativa popolare o di un referendum as-

oder eines Referendums eine gesellschaftlich wertvolle Funktion. Sie erarbeiten Gesetzentwürfe, Beschlüßanträge, Vorschläge, die rechtskräftig werden können. Sie lösen Diskussion, Auseinandersetzung, einen Klärungsprozeß in der Gesellschaft aus, sie bringen diese allemal ein Stück in ihrem Selbstverständnis und in dem, was für sie gelten soll, weiter. Es ist klar, daß vor allem die Bekanntmachung eines Vorschlags und die Förderung der Diskussion mit erheblichen Kosten verbunden ist. Aus diesen Gründen soll auch dieses politische Engagement, wenn es die nötige Unterstützung in der Bevölkerung erfahren hat, in einem Mindestumfang finanziell möglich gemacht werden (0,50 Euro pro Unterschrift für Volksbegehren und 1 Euro pro Unterschrift, die das Zustandekommen einer Volksabstimmung ermöglicht hat).

solvono sostanzialmente ad una funzione socialmente importante; e in questo assomigliano ai partiti benché la loro iniziativa sia limitata nel tempo e nella materia. Elaborano proposte di legge, mozioni, proposte che potrebbero entrare in vigore. Avviano dibattiti e confronti, processi politici importanti per la società e forniscono un contributo per far avanzare la società stessa nell'autoriflessione e nel miglioramento delle regole che valgono per tutti. Tutta questa attività di pubblicizzazione di proposte e la promozione del dibattito pubblico è accompagnata da sensibili spese, perciò l'impegno politico, se si è guadagnato il necessario consenso della popolazione, dev'essere sostenuto con fondi pubblici: proponiamo 0,50 Euro per ogni firma per le proposte di legge di iniziativa popolare e 1 Euro per firma per chi abbia promosso lo svolgimento di una votazione popolare.

LANDESGESETZENTWURF ZUR
DIREKTEN DEMOKRATIE –
ANREGUNGSRECHTE
BEFRAGUNGSRECHTE
STIMMRECHTE

ABSCHNITT I

Gegenstand des Gesetzes und
allgemeine Verfahrens-
bestimmungen

Art. 1

Inhalt, Ziele und Inkrafttreten des Gesetzes

1. Das vorliegende Gesetz regelt die Ausübung der Anregungsrechte, der Befragungsrechte und der Stimmrechte der in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen und in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern, oder – im Falle der Petition – der in Südtirol ansässigen Personen.

2. Das Anregungsrecht wird ausgeübt

- a) mittels Petition, mit der beim Landtag beziehungsweise bei der Landesregierung entsprechend ihrer Zuständigkeiten allgemeine Bedürfnisse vorgebracht und die rechtliche Regelung einer Materie gefordert werden können
- b) mittels Volksbegehren, mit dem dem Landtag ein Gesetzentwurf sowie alle weiteren in seiner Kompetenz liegenden Beschlüsse - beziehungsweise der Landesregierung entsprechend ihrer Zuständigkeiten eine Durchführungsverordnung und/oder ein Verwaltungsakt von Landesinteresse zur rechtlichen Regelung einer Materie - vorge schlagen werden kann.

3. Das Befragungsrecht wird ausgeübt:
mittels Volksbefragung, mit der auf Begehren des Volkes oder auf der Grundlage von entsprechenden Beschlüssen des Landtages beziehungsweise der Landesregierung über Vorschläge zu:

- Landesgesetzentwürfen
- Durchführungsverordnungen von Gesetzen
- Resolutionen
- Beschlüssen
- Verwaltungsakten

des Landtages, der Landesregierung oder des/der Landeshauptmannes/Landeshauptfrau eine zustimmende oder ablehnende Haltung der Abstimmungsberechtigten ermittelt werden können.

4. Das Stimmrecht wird ausgeübt

- a) mittels Referendum, mit dem nachfolgende Beschlüsse durch Volksabstimmung von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen oder verworfen werden können:
 - a1) die Gesetze des Landtages
 - a2) die Vorschläge des Landtages gemäß Artikel 103 Absatz 2 des Sonderstatutes der Region Trentino-Südtirol, in geltender Fassung, an den Regionalrat zur

DISEGNO DI LEGGE PROVINCIALE
SULLA DEMOCRAZIA DIRETTA –
POTERI DI INDIRIZZO
POTERE CONSULTIVO
POTERI DELIBERATIVI

TITOLO I

Contenuto della legge e norme
procedurali generali

Art. 1

Contenuto, obiettivi ed entrata in vigore della legge

1. La presente legge disciplina l'esercizio del potere di indirizzo, di consultazione e deliberativo delle cittadine e dei cittadini italiane/i aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadine/i di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano o – nel caso della petizione – delle cittadine e dei cittadini residenti nella Provincia autonoma di Bolzano.

2. Il potere di indirizzo si esercita:

- a) per mezzo di petizioni indirizzate al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale e riguardanti nei rispettivi ambiti di competenza, questioni di interesse generale e le richieste di regolamentazione giuridica di una materia
- b) per mezzo di proposte di iniziativa popolare attraverso le quali vengono presentate al Consiglio provinciale disegni di legge o altri atti di interesse provinciale che ricadono tra le sue competenze - e rispettivamente alla Giunta provinciale regolamenti di esecuzione o altri atti e delibere amministrativi sempre di interesse provinciale -, funzionali alla regolamentazione giuridica di una materia.

3. Il potere di consultazione si esercita:
mediante referendum consultivi attraverso i quali, su iniziativa della popolazione o sulla scorta di corrispondenti decisioni del Consiglio provinciale e della Giunta provinciale, si verifica il parere favorevole o contrario delle cittadine e dei cittadini in merito a:

- disegni di legge provinciale
- regolamenti di esecuzione di leggi
- risoluzioni
- decisioni
- atti e delibere amministrativi

del Consiglio provinciale, della Giunta provinciale e del/della Presidente della Provincia.

4. Il potere deliberativo si esercita:

- a) mediante il referendum confermativo, attraverso il quale possono essere approvate o respinte in forza della maggioranza dei voti espressi le seguenti categorie di atti:
 - a1) le leggi provinciali
 - a2) le proposte del Consiglio provinciale di cui all'art. 103, comma 2, dello Statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel testo vigente, e ri-

- Ergreifung von Initiativen zur Änderung des Statutes
- a3) die Durchführungsverordnungen der Landesregierung
 - a4) die Verwaltungsakte von Landesinteresse
- b) mittels Volksinitiative, mit der die Beschlußvorlagen, die gemäß Punkt a dem Referendum unterworfen werden können, durch Volksabstimmung von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen oder verworfen werden können. Bezieht sich die Vorlage auf mehrere Gegenstände, dann müssen diese in einem hinreichenden Zusammenhang stehen.

5. Die Regelung der Anregungsrechte, Befragungsrechte und Stimmrechte erfolgt auf der Grundlage und in Anwendung des Artikel 47 Absatz 2 des Sonderstatutes der Region Trentino-Südtirol in geltender Fassung und in Übereinstimmung mit den in der Verfassung der Italienischen Republik und im Sonderstatut der Region Trentino-Südtirol festgelegten Prinzipien.

6. Um eine rationale Verwaltung der neuen Zuständigkeiten in Sachen Wahlen und Abstimmungen gemäß Artikel 47 des Sonderstatutes der Region Trentino-Südtirol, in geltender Fassung, gewährleisten zu können, erläßt der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau auf Beschluß derselben ein Dekret, mit dem innerhalb der Abteilung Zentrale Dienste ein Amt für Wahlen und Abstimmungen errichtet wird.

7. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen ist beauftragt, innerhalb von 24 Monaten nach seiner Einrichtung ein Konzept zur Neuregelung des Verfahrens der Volksabstimmung zum Zwecke der Kostenminimierung und der erhöhten Beteiligung auszuarbeiten und in dieses in diesem Sinne ständig weiterzuentwickeln.

8. Der vorliegende Gesetzestext tritt drei Monate nach seiner Verabschiedung im Landtag nur dann in Kraft, wenn kein Antrag auf eine darüber abzuhaltende Volksabstimmung gemäß Artikel 47 Absatz 5 und 6 des Sonderstatutes der Region Trentino-Südtirol, in geltender Fassung, eingereicht worden ist. Dies gilt auch für jede Änderung des Gesetzes.

Art. 2

Inhaltliche Schranken bei Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative und Referendum

1. Bei der Ausarbeitung einer Vorlage für ein Volksbegehren, eine Volksbefragung oder eine Volksinitiative gelten die gleichen inhaltlichen Schranken wie für die Rechtssetzung durch den Landtag und die Landesregierung.

2. Darüber hinaus sind Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksinitiativen und Referenden unzulässig, wenn sie:

- a) Steuergesetze und die Haushaltspläne
- b) die Geschäftsordnung des Landtages
- c) wenn sie internationale Abkommen und Bestimmungen

zum Inhalt haben.

3. Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksinitiativen und Referenden können Verwaltungsakte von Landesinteresse zum Gegenstand haben. Verwaltungsakte gelten dann als von Landesinteresse, wenn sie:

- a) Ausgaben über ein Tausendstel des Landeshaushaltes

- guardanti proposte al Consiglio regionale in merito all'adozione di iniziative per la modifica dello statuto
 - a3) i regolamenti di esecuzione della Giunta provinciale
 - a4) gli atti e delibere amministrativi di interesse provinciale
- b) attraverso l'iniziativa popolare - ovvero il referendum propositivo ed abrogativo - per mezzo della quale tutti gli atti sottoponibili in forza del punto a) a referendum, possono essere oggetto di un voto deliberativo e quindi approvati o respinti dalla maggioranza dei voti espressi. Se l'oggetto si riferisce a più materie, è necessario che esse siano in rispettiva relazione.

5. La regolamentazione del potere di indirizzo, di consultazione e deliberativo avviene in forza ed in ottemperanza dell'articolo 47, comma 2, dello Statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel testo vigente e nel rispetto dei principi sanciti nella Costituzione della Repubblica italiana e nello Statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol.

6. Al fine di garantire un'amministrazione razionale delle nuove competenze riguardo alle elezioni e consultazioni referendarie in base all'art. 47 dello Statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel testo vigente, il/la Presidente della Provincia, in seguito a delibera della stessa, emana un decreto con il quale all'interno della Ripartizione Servizi centrali verrà istituito l'Ufficio elezioni e referendum.

7. L'Ufficio elezioni e referendum è incaricato a elaborare, entro 24 mesi dalla sua costituzione, un piano per la nuova regolamentazione del procedimento relativo alla votazione popolare allo scopo di ridurre al minimo i costi e di incrementare la partecipazione. Detto piano è soggetto a continui aggiornamenti al fine di ottimizzare gli scopi di cui sopra.

8. La presente legge entra in vigore tre mesi dopo essere stata licenziata dal Consiglio provinciale e solo se non sia stata presentata alcuna richiesta di voto popolare confermativo ai sensi dell'art. 47, commi 5 e 6 dello Statuto d'autonomia nel testo vigente. Queste disposizioni valgono anche per tutte le modifiche della presente legge.

Art. 2

Limiti materiali all'esercizio della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare – ovvero del referendum propositivo ed abrogativo - e del referendum confermativo.

1. Per le proposte di iniziativa popolare e gli oggetti di referendum consultivo e di iniziativa popolare valgono gli stessi limiti a cui è sottoposta l'attività normativa del Consiglio provinciale e della Giunta provinciale.

2. Oltre a ciò proposte di iniziativa popolare nonché referendum consultivi, iniziative popolari e referendum confermativi non possono essere esercitati in merito a:

- a) leggi tributarie e di bilancio
- b) regolamento interno del Consiglio provinciale
- c) trattati e normative internazionali.

3. Proposte di iniziativa popolare, referendum consultivi, iniziative popolari e referendum confermativi possono avere ad oggetto atti e delibere amministrativi di interesse

- betreffen
- b) wiederkehrende Ausgaben über ein Fünftausendstel des Landeshaushaltes betreffen
- c) Projekte betreffen, für die es einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf
- d) einzelne Fachpläne zur Landesentwicklungsplanung betreffen
- e) von der Landesverwaltung ein solches erklärt worden ist.

4. Falls der Ausgabenbeschluß in einem Landeshaushaltsgesetz enthalten ist, darf nur diese eine Bestimmung Gegenstand einer Referendumsvorlage sein, nicht aber der gesamte Landeshaushalt. Bezieht sich die Vorlage auf mehrere Gegenstände, dann müssen diese in einem hinreichenden Zusammenhang stehen.

Art. 3

Antrag auf Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative und Referendum

1. Ein Antrag auf Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative oder Referendum muß von wenigstens drei in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürgern/innen oder in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern im Amt für Wahlen und Abstimmungen eingebracht werden.

2. Die ersten drei Einbringer/innen sind berechtigt, die übrigen in allen Angelegenheiten zu vertreten. Sie sind unabhängig voneinander vertretungsberechtigt.

3. Der Antrag muß enthalten:

- a) die Namen der Einbringer/innen und ihren Wohnort sowie eine Kontaktadresse derselben
- b) die Bestätigung über die Eintragung der Einbringer/innen in die Wählerlisten
- c) die Vorlage gemäß Art. 10, 15, 20 oder 24
- d) einen Bericht zum Inhalt und zu den Zielen der Vorlage.

4. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen kontrolliert binnen 24 Stunden, ob der Antrag alle im Absatz 3 aufgezählten Bestandteile aufweist. Nach erfolgter Kontrolle bestätigt das Amt mit einer Niederschrift den Antrag und händigt den Einbringern/innen eine Ausfertigung der Niederschrift aus. Gleichzeitig wird den Einbringern/innen die von ihnen verlangte Anzahl der für die Unterschriftensammlung vorgesehenen Formblätter ausgehändigt. Wenn im vorliegenden Gesetz nicht anders verfügt, beginnt die Frist für die Unterschriftensammlung mit der Aushändigung der Formblätter.

5. Auf Anfrage können während der Dauer der Unterschriftensammlung beim Amt für Wahlen und Abstimmungen weitere Unterschriftenbögen bezogen werden.

6. Auf Veranlassung des Amtes für Wahlen und Abstimmungen werden Antragsteller und Gegenstand der Vorlage im Amtsblatt der Region bekannt gemacht.

provinciale. Gli atti e delibere amministrativi vengono considerati di interesse provinciale quando

- a) importano uscite per oltre 1/1000 del bilancio provinciale
- b) importano periodiche uscite per oltre 1/5000 del bilancio provinciale
- c) riguardano progetti soggetti a valutazione di impatto ambientale
- d) riguardano piani di settore della pianificazione dello sviluppo provinciale
 - b) l'amministrazione provinciale abbia dichiarato un tale interesse

4. Qualora l'impegno di spesa sia contenuto in una legge provinciale di bilancio, può essere sottoposta a referendum questa singola parte, non tuttavia l'intera legge di bilancio. Se l'oggetto si riferisce a più materie, è necessario che esse siano in sufficiente relazione reciproca.

Art. 3

Promozione della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e del referendum confermativo

1. La promozione della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e del referendum confermativo deve essere effettuata da almeno tre cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano e una tale richiesta deve essere presentata presso l'Ufficio elezioni e referendum.

2. I/le primi/e tre proponenti hanno il diritto di rappresentare gli altri/le altre in tutte le fasi del procedimento. Ciascuno/a possiede il diritto di rappresentanza in modo indipendente dagli/dalle altri/e.

3. La richiesta deve contenere:

- a) i nomi dei/delle proponenti e la loro residenza così come un indirizzo di contatto degli/delle stessi/e
- b) l'attestazione della loro iscrizione nelle liste elettorali
- c) la documentazione di cui all'art. 10, 15, 20 o 24
- d) una relazione riguardante contenuto ed obiettivi dell'oggetto.

4. L' Ufficio elezioni e referendum controlla entro 24 ore se l'istanza contiene tutti gli elementi di cui al comma 2. Successivamente all'espletamento del controllo l'Ufficio certifica con una propria attestazione l'istanza e consegna ai/alle proponenti una copia dell'attestazione. In questa fase viene consegnato ai/alle proponenti il numero di formulari per la raccolta delle firme da loro richiesti. Quando non altrimenti previsto il termine per la raccolta delle firme decorre dalla consegna dei formulari.

5. Su richiesta possono essere ottenuti durante la fase di raccolta delle firme ulteriori formulari.

6. I nomi dei/delle proponenti e la materia dell'oggetto sono soggetti a pubblicazione nel Bollettino ufficiale della Regione.

Art. 4

Modalitäten der Unterstützung der Vorlage

1. Die im Antrag auf Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative oder Referendum enthaltene Vorlage kann von jeder/jedem in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/in oder in Südtirol ansässigen Angehörigen eines EU-Mitgliedslandes unterstützt werden.

2. Für die Sammlung der vorgesehenen Unterschriften müssen die vom Amt für Wahlen und Abstimmungen bereitgestellten Formblätter verwendet werden. Auf diesen Formblättern müssen von den Einbringern/innen die Vorlage und der Bericht zum Inhalt und zu den Zielen der Vorlage wiedergegeben werden. Daran anschließend werden die Namen und Anschriften der ersten drei Einbringer/innen des Vorschlags angegeben. Wenn der Wortlaut der Vorlage und des Berichtes mehr als zwei Seiten eines Bogens beansprucht, so sind sie auf getrennten Blättern dem Bogen so beizufügen, daß diese nicht abgetrennt werden können.

3. Die Vorlage wird von der/vom unterstützenden Wählerin/Wähler durch Anbringung ihrer/seiner Unterschrift auf den vorgesehenen Formblättern unterstützt. Neben der Unterschrift müssen klar leserlich und vollständig Vor- und Zuname, Ort und Datum der Geburt sowie die Gemeinde, in deren Wählerliste er/sie eingetragen ist, angegeben werden. Die Richtigkeit dieser Angaben gibt die unterstützende Person mit dem Personalausweis, mit der Angabe der Nummer und der ausstellenden Gemeinde zu erkennen. Nummer und Ausstellungsgemeinde des Personalausweises werden ebenfalls auf dem Formblatt festgehalten.

4. Am Fuß der auf einer Seite gesammelten Unterschriften sind in einem eigenen dafür vorgesehenen Abschnitt die Unterschrift und die persönlichen Daten jener Person anzugeben, die für die Richtigkeit der auf dieser Seite abgegebenen Unterschriften verantwortlich ist und sie beglaubigt. Die Unterschriften müssen beglaubigt werden von einem/einer Notar/in, von einem/einer Gerichtskanzlisten/in eines Gerichts, zu dessen Bezirk die Gemeinde zählt, in deren Wählerliste der/die Unterstützer/in eingetragen ist, einem/er Landtagsabgeordneten oder Landesrat/rätin, einem/er Gemeinderat/rätin oder Gemeindeassessor/in, vom/von der Gemeindesekretär/in oder einem/er von ihm/ihr beauftragten Gemeindebediensteten, vom/von der Bürgermeister/in oder einer/m in der Wählerliste der Gemeinde eingetragenen Bürgerin oder Bürger, die/der auf ihren/seinen Antrag hin innerhalb von 3 Tagen vom/von der Bürgermeister/in dazu beauftragt worden ist.

5. Der/die vom/von der Bürgermeister/in beauftragte Bürger/in übt eine öffentliche Funktion aus und unterliegt damit denselben Bestimmungen, Verpflichtungen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit, die mit der Ausübung dieser Funktion verbunden sind.

6. Den Formblättern müssen die von den Bürgermeistern der Gemeinden, denen die Unterzeichner angehören, ausgestellten Bescheinigungen, die die Eintragung in die entsprechenden Wählerlisten attestieren und die auch Kollektivbescheinigungen sein können, beigelegt werden.

7. Die Bürgermeister müssen diese Bescheinigungen innerhalb fünf Tagen nach erfolgtem Ansuchen ausstellen.

Art. 4

Modalità di supporto dell'oggetto

1. L'oggetto della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare e del referendum confermativo può essere sostenuto da qualsiasi cittadina/o italiana/o aventi diritto al voto per le elezioni politiche residente in Provincia di Bolzano o cittadina/o di un paese membro della UE residente in Provincia di Bolzano.

2. Per la raccolta del numero di firme prescritto devono essere utilizzati gli appositi formulari predisposti dall'Ufficio elezioni e referendum. Su questi formulari a cura dei/delle proponenti dovrà essere indicato l'oggetto e la relazione sul contenuto e sugli obiettivi dell'oggetto. Dovranno essere apposti di seguito il nome e la firma dei/delle primi/e tre proponenti. Se il testo dell'oggetto e della relazione occupano più di due facciate del foglio si deve procedere ad una loro stesura su pezzi di carta separati e aggiunti al foglio in modo che non ne possano essere separati.

3. L'oggetto viene sostenuto dall'elettore/elettrice per mezzo dell'apposizione sull'apposito formulario della propria firma. Accanto alla firma, devono essere indicati in modo chiaro, leggibile e completo cognome e nome, luogo e data di nascita, nonché il Comune nelle cui liste elettorali è iscritto/a. Della loro esattezza viene data testimonianza dalla persona che intende sostenere l'iniziativa, mediante presentazione della carta di identità. Il numero ed il Comune che ha rilasciato la carta di identità vengono anch'essi indicati sul formulario.

4. In fondo alle firme raccolte sul foglio devono essere indicati la firma ed i dati personali di colui/colei il/la quale è responsabile dell'originalità delle firme apposte su quel foglio e che si incarica di autenticarle. Le firme devono essere autenticate da un/a notaio/a, dal/dalla cancelliere/a di un tribunale, all'interno del cui territorio di competenza si trova il comune, ed all'interno delle cui liste elettorali è iscritto il sostenitore o la sostenitrice, da un/a consigliere/a provinciale, un/a consigliere/a o un/a assessore/a comunale, da un/a segretario/a comunale o un/a impiegato/a comunale da lui/lei incaricato, dal/la sindaco o un cittadino o cittadina iscritto/a nelle liste elettorali del comune che su sua richiesta è stata all'uopo incaricata entro 3 giorni dal/la sindaco.

5. La cittadina o il cittadino incaricata/o dal sindaco esercita una funzione pubblica ed è quindi soggetta/o alle stesse norme, doveri e responsabilità penale validi per l'esercizio di dette funzioni.

6. Ai formulari devono essere allegati i certificati rilasciati dal/la sindaco del comune al quale appartengono le cittadine sostenitrici e i cittadini sostenitori. I certificati attestano l'iscrizione nelle rispettive elettorali e possono essere anche certificazioni cumulative.

7. I/Le sindaci/che devono rilasciare questi certificati entro cinque giorni dall'avvenuta richiesta. Quando le firmatarie e i firmatari presenti su di un foglio sono iscritte/i tutte/i senza eccezione nelle liste elettorali di un solo comune, la certificazione collettiva può essere sostituita con una autenticazione collettiva da apporsi in fondo al foglio delle firme.

8. I termini di cui al precedente comma possono essere raddoppiati, nel periodo che va da 90 giorni prima a 60 giorni

Wenn die Unterzeichner eines Bogens ausnahmslos in den Wählerlisten derselben Gemeinde eingetragen sind, kann anstelle der Kollektivbescheinigungen am Ende der einzelnen Bögen mit den Unterschriften der Unterzeichner eine Sammelbestätigung abgegeben werden.

8. Die im vorherigen Absatz vorgesehene Frist kann im Zeitraum von 90 Tagen vor bis 60 Tagen nach einem Wahltag verdoppelt werden. Die Frist für die Unterschriftensammlung wird dementsprechend verlängert.

Art. 5

Einreichung der Vorlage beim Amt für Wahlen und Abstimmungen

1. Die Vorlage ist ordnungsgemäß beim Amt für Wahlen und Abstimmungen eingereicht, wenn sie innerhalb der festgelegten Frist von der vorgeschriebenen Anzahl von Wählerinnen und Wählern unterzeichnet und von mindestens einem der Einbringer gemäß Art. 3 Absatz 1 vorgelegt worden ist.

2. Der/die Direktor/in des Amtes für Wahlen und Abstimmungen bestätigt mittels Niederschrift die Einreichung der Vorlage, das Datum und die Hinterlegung der Unterlagen. In der Niederschrift gibt er/sie weiters, gemäß der Erklärung des/der Einbringer/s gemäß Absatz 1, die Zahl der gesammelten Unterschriften, an.

Art. 6

Überprüfung der Zulässigkeit der Vorlage durch den/die Landtagspräsidenten/in

1. Die Einbringer/innen können bereits mit der Einreichung eines Drittels der erforderlichen Unterstützung die vorgezogene Überprüfung der Zulässigkeit der Vorlage erwirken. Diese muß innerhalb 30 Tagen nach der erfolgten Einreichung der Unterschriften beim Amt für Wahlen und Abstimmungen und der erfolgten Überprüfung der Unterschriften gemäß Art. 7 stattfinden.

2. Falls keine vorgezogene Überprüfung gemäß Art. 6 Abs. 1 stattgefunden hat, leitet das Amt für Wahlen und Abstimmungen, nach Ablauf der Sammelfrist und der erfolgten Einreichung der Vorlage bei selben Amt gemäß Art. 5, die Vorlage sofort dem/der Präsident/in des Landtages bzw. dem/der Landeshauptmann/ Landeshauptfrau zur Überprüfung der Zulässigkeit der Vorlage weiter.

3. Hält der/die Präsident/in des Landtages bzw. der/die Landeshauptmann/ Landeshauptfrau die Vorlage für unzulässig, weil der Grundsatz der Einheit der Materie nicht respektiert wird, weil die Vorlage rechtswidrig ist oder weil andere in Art. 2 angeführte Vorgaben nicht berücksichtigt worden sind, dann werden die Einbringer/innen derselben darüber benachrichtigt. Sie können dem/der Präsident/in des Landtages gegenüber ihre Position schriftlich und/oder mündlich vorbringen.

4. Bezieht sich das beabsichtigte Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative bzw. Referendum auf mehrere Gegenstände, die in keinem hinreichenden Zusammenhang stehen, so kommen die einzelnen Gegenstände als getrennte Vorlagen zur Abstimmung. Die Trennung der Gegenstände erfolgt im Einvernehmen zwischen den Einbringern und dem/der Präsidenten/in des Landtages bzw. dem/der Landes-

dopo eventuali operazioni di voto. I termini per la raccolta delle firme vengono conseguentemente allungati.

Art. 5

Presentazione dell'oggetto presso l'Ufficio elezioni e referendum

1. L'oggetto si considera legittimamente presentato se corredato nei termini previsti delle necessarie firme di elettrici ed elettori a sostegno e consegnato da almeno uno dei promotori o da una delle promotrici di cui all'art. 3, comma 1.

2. Il direttore o la direttrice dell'Ufficio elezioni e referendum certifica mediante verbale la presentazione dell'oggetto, la data ed il deposito della documentazione. Nel verbale di consegna attesta inoltre in conformità alla dichiarazione dei/delle proponenti di cui al comma precedente, il numero delle firme raccolte.

Art. 6

Vaglio dell'ammissibilità dell'oggetto da parte del/della Presidente del Consiglio provinciale

1. I/Le proponenti possono richiedere il giudizio anticipato sull'ammissibilità dell'oggetto, nel momento in cui presentano un terzo delle firme a sostegno necessarie. Questo controllo deve avvenire entro 30 giorni dalla consegna delle firme all'Ufficio elezioni e referendum, a fronte dell'avvenuto controllo delle firme ai sensi dell'art. 7.

2. Nel caso che non sia avvenuto un giudizio anticipato di cui al comma precedente, l'Ufficio elezioni e referendum, scaduto il termine per la raccolta e presentato l'oggetto presso detto Ufficio ai sensi dell'articolo precedente, inoltrerà immediatamente l'oggetto al/alla Presidente del Consiglio ovvero della Provincia per il vaglio dell'ammissibilità.

3. Qualora il/la Presidente del Consiglio ovvero il/la Presidente della Provincia ritenga inammissibile l'oggetto perché non viene rispettato il principio dell'unitarietà della materia o perché l'oggetto viola norme superiori o perché sono stati violati altri principi di cui all'art. 2, i/le proponenti vengono informati/e di questa decisione. Gli stessi/le stesse possono comunicare al/alla Presidente del Consiglio provinciale la propria posizione in merito, per iscritto e/o verbalmente.

4. Qualora la proposta di iniziativa popolare, il referendum consultivo, l'iniziativa popolare ovvero il referendum propositivo o abrogativo si riferissero a più materie che non siano in sufficiente relazione reciproca, le singole materie saranno sottoposte a votazione popolare separatamente. La separazione delle materie avviene di comune accordo con i/le proponenti ed il/la presidente della Provincia ovvero il/la Presidente della Provincia.

5. Entro 30 giorni dalla proposizione dell'oggetto il/la

hauptmann/ Landeshauptfrau.

5. Innerhalb 30 Tagen nach Erhalt der Vorlage befindet der/die Präsident/in des Landtages bzw. der Landesregierung, auf der Grundlage von Gutachten der zuständigen Ämter begründet, über die Zulässigkeit. Die Entscheidung wird binnen 24 Stunden dem Amt für Wahlen und Abstimmungen übermittelt.

6. Formelle Änderungen am Wortlaut der Vorlage können in Übereinkunft mit den Einbringern und Einbringerinnen von Amts wegen nachträglich vorgenommen werden und erfordern keinen Neubeginn der Unterschriftensammlung. Das gleiche gilt für Abänderungen der Frage, wenn diese irreführend ist. Eventuelle Abänderungen der Fragen werden in Übereinkunft mit den Einbringern und Einbringerinnen und dem/der Direktor/in des Amtes für Wahlen und Abstimmungen vorgenommen. Substantielle Änderungen erfordern, daß die Vorlage erneut eingereicht wird.

7. Eine für unzulässig erklärte Vorlage kann in einer abgeänderten Fassung wieder eingebracht werden, wenn sie die vom/von der Präsidenten/in des Landtages bzw. vom/von der Landeshauptmann/Landeshauptfrau vorgebrachten Einwände berücksichtigt. Die erneute Überprüfung der abgeänderten Vorlage hat nicht mehr die Einreichung der für die Überprüfung der Zulässigkeit erforderlichen Mindestzahl von Unterschriften zur Voraussetzung. Die bereits gesammelten Unterschriften haben für die neue Sammlung keine Gültigkeit.

8. Gegen den begründeten Beschluß des/der Präsidenten/in des Landtages bzw. der Landesregierung, der/die eine Vorlage für unzulässig erklärt, sind die in den Staatsgesetzen vorgesehenen Rekurse auf dem Rechtsweg anwendbar.

Art. 7

Überprüfung des Zustandekommens des Volksbegehrens, des Begehrens auf Volksbefragung, der Volksinitiative oder des Referendums

1. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen beginnt sofort nach erfolgter Einreichung einer Vorlage mit der Überprüfung des Zustandekommens des Volksbegehrens, des Volksbefragungsbegehrens, der Volksinitiative oder des Referendums.

2. Ein Volksbegehren, ein Begehren auf Volksbefragung, eine Volksinitiative oder ein Referendum ist zustande gekommen, wenn

- die Vorlage mit den Unterschriftenlisten innerhalb der vorgeschriebenen Frist vorgelegt worden ist
- die nötige Anzahl der Unterschriften erreicht worden ist, wobei doppelte oder von den Gemeindevahlämtern nicht bestätigte Unterschriften vernachlässigt werden
- die Entscheidung über die Zulässigkeit der Vorlage gemäß Art. 6 Absatz 4 positiv ausgefallen ist.

3. Das Amt stellt innerhalb 20 Tagen nach der Überprüfung gemäß Art. 6 Abs. 5 mit Beschluß die allfälligen Mängel des Antrags fest. Dieser wird den Einbringern und Einbringerinnen gestellt. Innerhalb 10 Tagen können die Einbringer/innen, soweit zulässig, die festgestellten Mängel beheben und Schriftsätze zum Zwecke der Widerlegung der genannten Mängel vorlegen.

Presidente del Consiglio ovvero il/la Presidente della Provincia si esprime sulla sua ammissibilità, sulla scorta dei pareri degli uffici competenti. La decisione viene comunicata entro 24 ore all'Ufficio elezioni e referendum.

6. Modifiche formali al testo dell'oggetto possono successivamente essere apportate d'ufficio con l'accordo dei/delle proponenti e non comportano una nuova raccolta di firme. Lo stesso vale per la modifica dei quesiti qualora il testo possa indurre in errore. Eventuali modifiche del quesito possono essere adottate previo assenso dei/delle proponenti e del direttore o della direttrice dell'Ufficio elezioni e referendum. Modifiche sostanziali comportano una riproposizione del oggetto.

7. Un oggetto dichiarato inammissibile può essere ripresentato in una diversa formulazione purché esso recepisca i rilievi formulati dal/dalla Presidente del Consiglio provinciale. Il nuovo giudizio di ammissibilità sul oggetto modificato non è soggetto ad una nuova riproposizione del numero minimo di firme richiesto. Le firme finora raccolte non sono valide ai fini della nuova raccolta.

8. Contro la decisione motivata del/della Presidente del Consiglio ovvero della Giunta provinciale, in forza della quale l'oggetto è stato considerato non ammissibile, è possibile ricorrere alle normali vie giurisdizionali.

Art. 7

Esame della regolarità della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e del referendum confermativo

1. L'Ufficio elezioni e referendum inizia subito dopo la rituale proposizione di un oggetto l'opera di verifica della regolare proposizione della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e del referendum confermativo

2. Una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo, un'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e un referendum confermativo si considera regolarmente inoltrato quando:

- l'oggetto viene presentato corredato dalle liste dei firmatari entro i termini previsti
- è stato raggiunto il numero necessario di firme laddove firme doppie o firme non certificate dagli uffici comunali non vengono considerate
- la decisione di ammissibilità dell'oggetto ai sensi dell'art. 6, comma 4 abbia avuto esito positivo.

3. L'Ufficio ha 20 giorni, a partire dalla data di comunicazione di cui all'art. 6 comma 5, per emettere una decisione in merito ai vizi formali della richiesta. La decisione viene comunicata ai/alle proponenti. Entro 10 giorni i/le proponenti, laddove possibile, possono rettificare i vizi formali o presen-

4. Innerhalb drei Tagen nach Ablauf der festgesetzten Frist entscheidet das Amt mit endgültigem Beschluß, ob das Volksbegehren, das Begehren auf Volksbefragung, die Volksinitiative oder das Referendum zustande gekommen ist. Ist dem so, wird der entsprechende Beschluß zusammen mit der Vorlage innerhalb fünf Tagen dem/der Präsidenten/in des Landtages oder dem/der Landeshauptmann/Landeshauptfrau, je nachdem, ob die vorgelegte Vorlage in die Zuständigkeit des Landtages oder der Landesregierung fällt, und dem/den Einbringer/n bzw./und der/den Einbringerin/nen zugestellt. Der/die Landtagspräsident/in beziehungsweise der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau übermittelt die Vorlage umgehend der zuständigen Gesetzgebungskommission beziehungsweise dem/der zuständigen Landesrat/rätin.

5. Ist das Volksbegehren, das Begehren auf Volksbefragung, die Volksinitiative oder das Referendum nicht zustande gekommen, wird der entsprechende Beschluß unverzüglich den Einbringern und Einbringerinnen übermittelt, die gemäß den einschlägigen Staatsgesetzen dagegen Rekurs einreichen können.

6. Volksbegehren, Volksbefragung, Volksinitiative oder Referendum sind endgültig nicht zustande gekommen, wenn die Rekursfrist ungenutzt verstreicht oder das zuständige Gericht den Rekurs abschlägig behandelt.

Art. 8

Veröffentlichung im Amtsblatt der Region

1. Ist ein Volksbegehren, eine Volksbefragung oder eine Volksinitiative zustande gekommen, sorgt der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau unverzüglich für die Veröffentlichung der Vorlage und der Namen der Einbringer/innen im Amtsblatt der Region.

2. Dasselbe gilt, wenn nach Verstreichen der Rekursfristen oder infolge abschlägiger Gerichtsentscheide ein Volksbegehren, eine Volksbefragung, eine Volksinitiative oder ein Referendum endgültig nicht zustande gekommen ist.

tare in forma scritta le proprie considerazioni per una riconsiderazione dei succitati vizi.

4. Nei tre giorni successivi allo scadere del termine l'Ufficio decide in via definitiva se la proposta di iniziativa popolare, il referendum consultivo, l'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e il referendum confermativo è stato o meno ritualmente proposto. In caso positivo, la decisione, assieme all'oggetto, viene trasmessa entro cinque giorni al/alla Presidente del Consiglio provinciale o al/alla Presidente della Provincia, a seconda della sfera di competenza, ed ai/alle proponenti. Il/La Presidente del Consiglio provinciale o il/la Presidente della Provincia provvedono alla comunicazione alla competente Commissione legislativa o assessore/a.

5. Qualora dal controllo emergesse che la proposta di iniziativa popolare, il referendum consultivo, l'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e il referendum confermativo non sono stati regolarmente proposti la decisione deve essere immediatamente notificata ai/alle proponenti, i/le quali possono proporre ricorso ai termini di legge.

6. La proposta di iniziativa popolare, il referendum consultivo, l'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) e il referendum confermativo sono definitivamente dichiarati irregolari, qualora non sia stato presentato ricorso entro il termine utile.

Art. 8

Pubblicazione nel Bollettino ufficiale della Regione

1. Se una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo o una iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) è stata dichiarata regolare, il/la Presidente della Provincia provvederà immediatamente alla pubblicazione dell'oggetto e dei nomi dei/delle proponenti nel Bollettino ufficiale della Regione.

2. Lo stesso vale qualora, scaduti i termini di ricorso o in seguito a decreti giudiziari negativi, una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo, un'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo) o un referendum confermativo siano definitivamente dichiarati non regolari.

ABSCHNITT II

Die Anregungs- und Befragungsrechte

Kapitel 1 Die Petition

Art. 9 Das Petitionsrecht

1. Alle in der Provinz ansässigen Bürgerinnen und Bürger können Petitionen an den Landtag oder die Landesregierung richten, in denen sie gesetzliche Maßnahmen fordern oder einen allgemeinen Bedarf bekunden.

2. Der/die Präsident/in des Landtages beziehungsweise der Landesregierung übermittelt die eingereichten Petitionen an die jeweils zuständige Gesetzgebungskommission beziehungsweise an den zuständigen Landesrat und eine Kopie davon den übrigen Mitgliedern des Landtags beziehungsweise der Landesregierung.

3. Die Behandlung der Petition wird in der Gesetzgebungskommission oder durch den/die zuständigen Landesrat/rätin innerhalb 180 Tagen mit einem Bericht an den Landtag beziehungsweise an die Landesregierung abgeschlossen.

4. Der/die Präsident/in des Landtages beziehungsweise der Landesregierung übermittelt den Bericht allen Landtagsabgeordneten bzw. Mitgliedern der Landesregierung und benachrichtigt die Petitionsteller über das Ergebnis der Behandlung.

Kapitel 2 Das Volksbegehren

Art. 10 Die Vorlage des Volksbegehrens

1. Die Vorlage besteht:
- aus den genauen Daten und dem Titel des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung zu einem Gesetz, deren gänzliche oder teilweise Abschaffung dem Landtag oder der Landesregierung vorgeschlagen werden
 - oder aus einem ausformulierten Gesetzentwurf
 - oder aus einer ausformulierten Beschlußvorlage zu einer Durchführungsverordnung zu einem Gesetz
 - oder aus einer ausformulierten Beschlußvorlage zu einem Verwaltungsakt von Landesinteresse.

Art. 11 Fristen und Unterschriftenzahl beim Volksbegehren

1. Das Volksbegehren ist ordnungsgemäß im Amt für Wahlen und Abstimmungen eingereicht, wenn es innerhalb

TITOLO II

Il potere d'indirizzo e di consultazione

Capitolo 1 La petizione

Art. 9 Il diritto di petizione

1. Tutti i cittadini residenti in Provincia possono rivolgere petizioni al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale, con le quali richiedere misure normative o far presente bisogni di interesse generale.

2. Il/La Presidente del Consiglio provinciale o il/la Presidente Provincia inoltra le petizioni presentate alla competente Commissione legislativa o al/allla competente assessore/a provinciale ed una copia agli altri membri del Consiglio provinciale o della Giunta provinciale.

3. La trattazione della petizione deve avvenire in Commissione legislativa o da parte del/della competente assessore/a provinciale entro 180 giorni per mezzo della stesura di un parere per il Consiglio provinciale o per la Giunta provinciale.

4. Il/La Presidente del Consiglio provinciale o il/la Presidente della Provincia inoltra il parere ai/alle singoli consiglieri/e ovvero assessori/e provinciali ed informa i/le proponenti in merito al tenore della trattazione.

Capitolo 2 Proposta di iniziativa popolare

Art. 10 L'oggetto della proposta di iniziativa popolare

1. L'oggetto deve contenere:
- i dati esatti ed il titolo della legge, del regolamento attuativo di una legge del quale si propone in toto o in parte l'abrogazione al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale
 - ovvero una proposta di legge formulata nella sua completezza
 - ovvero una mozione di delibera di regolamento d'esecuzione su una legge, formulata nella sua completezza
 - ovvero una mozione di delibera su un atto amministrativo d'interesse provinciale, formulata nella sua completezza.

Art. 11 Termini e numero di firme richiesto per la proposta di iniziativa popolare

1. Si considera validamente presentata una proposta di

180 Tagen von mindestens 2.500 in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen oder in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist.

2. Für die allgemeinen Verfahrensbestimmungen gelten die Regelungen wie in Abschnitt I Art. 2 bis 8 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen.

Art. 12

Prüfung in der Gesetzgebungskommission oder durch den zuständigen Landesrat

1. Die zuständige Gesetzgebungskommission beziehungsweise der/die zuständige Landesrat/rätin muß innerhalb 30 Tagen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung der Vorlage seitens des/der Landtagspräsidenten/in oder des/der Landeshauptmannes/Landeshauptfrau mit der Prüfung der Vorlage beginnen. Erfolgt die abschließende Prüfung nicht innerhalb 180 Tagen nach dem ersten Behandlungstag, dann wird die Vorlage automatisch dem Landtag beziehungsweise der Landesregierung zur Behandlung unterbreitet.

2. Eine/r der in Art. 3 Absatz 2 vorgesehenen Einbringer/innen hat das Recht, in jeder Phase an der Behandlung der Vorlage in der Gesetzgebungskommission beteiligt zu sein. Der/die Einbringer/in beteiligt sich mit dem gleichen Recht und mit den gleichen Befugnissen, die laut Geschäftsordnung des Landtages für die Vertreter der Landesregierung oder des/der vorschlagenden Abgeordneten vorgesehen sind. Der/die Einbringer/in kann außerdem von einem Experten oder einer Expertin begleitet werden, dessen/deren Befugnisse denen der Beamten/Beamtinnen und Experten/Expertinnen, die den Regierungsmitgliedern beistehen, gleichgestellt sind.

3. Im übrigen erfolgt die Behandlung in der Gesetzgebungskommission unter Berücksichtigung der Geschäftsordnung des Landtages.

Art. 13

Behandlung im Plenum oder durch die Landesregierung

1. Die in der Gesetzgebungskommission beziehungsweise vom/von der zuständigen Landesrat/rätin abschließend behandelte Vorlage oder die Vorlage, für die die Frist gemäß Art. 12 Absatz 1 verfallen ist, wird innerhalb 30 Tagen auf die Tagesordnung des Landtages beziehungsweise der Landesregierung gesetzt.

2. Der/die Landtagspräsident/in ermächtigt kraft Artikel 73 der Geschäftsordnung des Landtages eine/n Vertreter/in der gemäß Art. 3 Absatz 2 vorgesehenen Einbringer/innen, im Plenum des Landtages für nicht länger als dreißig Minuten den Begleitbericht vorzulesen und den Gesetzentwurf zu erläutern.

3. In allen weiteren Verfahrensfragen zur Behandlung im Plenum gilt die Geschäftsordnung des Landtages.

4. Innerhalb 180 Tagen nach Eintragung des Volksbegehrens in die Tagesordnung muß der Landtag oder die Landesregierung dieses betreffend einen Beschluß fassen. Dieser Beschluß kann sein:

- a) die Annahme der ursprünglichen Vorlage
- b) die Annahme einer abgeänderten Fassung der ursprünglichen

inziativa popolare all'Ufficio elezioni e referendum, quando entro 180 giorni la stessa viene firmata da 2.500 cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano.

2. Sotto il profilo procedurale valgono in quanto compatibili le norme contenute nel titolo I dall'art. 2 all'art. 8 della presente legge.

Art. 12

Vaglio nella Commissione legislativa o da parte dell'assessore/a provinciale competente

1. La competente Commissione legislativa o il/la competente assessore/a deve cominciare a vagliare il contenuto entro 30 giorni dall'inoltro dell'oggetto da parte del/della Presidente del Consiglio provinciale o della Giunta provinciale. Qualora la valutazione non dovesse avvenire entro 180 giorni a partire dall'inizio della fase di valutazione, l'oggetto verrà fatto pervenire rispettivamente al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale per la sua trattazione.

2. Ciascuno dei/delle proponenti di cui all'art. 3, comma 2 ha il diritto di essere presente durante ogni fase della trattazione in Commissione legislativa. Il/La proponente partecipa con gli stessi diritti e prerogative riconosciute dal regolamento interno del Consiglio provinciale per i/le rappresentanti della Giunta o del/della consigliere/a proponente. Il/La proponente può essere assistito/a da un/una esperto/a i cui poteri sono identici a quelli riconosciuti ai/alle funzionari/funcionarie ed esperti/e che coadiuvano gli/le assessori/e.

3. Per quanto non previsto si applicano per la trattazione le disposizioni del regolamento interno del Consiglio provinciale.

Art. 13

Trattazione nell'assemblea plenaria o nella Giunta provinciale

1. L'oggetto passato al vaglio della Commissione legislativa o del/della competente assessore/a, o nel caso in cui il termine secondo l'art. 12, comma 1 è scaduto, viene posto all'ordine del giorno delle sedute del Consiglio provinciale o della Giunta provinciale entro 30 giorni.

2. Il/La Presidente del Consiglio provinciale autorizza ex art. 73 del regolamento interno del Consiglio provinciale un/una rappresentante dei/delle proponenti previsti/e dall'art. 3, comma 2 a illustrare il disegno di legge nell'assemblea plenaria per non più di 30 minuti.

3. Per tutte le ulteriori fasi procedurali valgono le disposizioni del regolamento interno del Consiglio provinciale.

4. Entro 180 giorni da quando la proposta di iniziativa popolare è stata messa all'ordine del giorno il Consiglio provinciale o la Giunta provinciale devono esprimersi in materia. La decisione può consistere nel:

- a) far proprio l'oggetto originale
- b) recepire una versione modificata dell'oggetto originale
- c) rifiuto dell'oggetto originale

- chen Vorlage
- c) die Ablehnung der Vorlage
- d) die Annahme eines Gegenvorschlages.

5. Wird die Frist vom Ablauf der Legislatur unterbrochen, dann beginnt die Frist von insgesamt 390 Tagen für die Behandlung in der Gesetzgebungskommission und im Plenum des Landtages bzw. durch den/die zuständige/n Landesrat/rätin und die Landesregierung mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode von neuem.

Art. 14 Gleichzeitigkeit von Gesetzentwürfen

1. Gesetzentwürfe zu gleichem Gegenstand, die erst nach Veröffentlichung des Volksbegehrens im Amtsblatt der Region beim/bei der Präsidenten/in des Landtages eingebracht werden, können erst nach der Genehmigung oder der Ablehnung dieser Vorlage behandelt werden, es sei denn, daß die Mehrheit der Einbringer/innen der Vorlage gemäß Art. 3 Absatz 2 mit einer Koppelung einverstanden ist.

Kapitel 3 Die Volksbefragung

Art. 15 Die Vorlage der Volksbefragung

1. Die an der Urne ausgeübte Volksbefragung ist eine unverbindliche Willensbekundung der wahlberechtigten Bevölkerung gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und dem/der Landeshauptmann/Landeshauptfrau zu allen Gegenständen der politischen Willensbildung, die von öffentlichem Interesse sind. Sie kann vom Volk und, entsprechend den jeweiligen Kompetenzen, vom Landtag oder von der Landesregierung angeregt werden.

2. Die Vorlage der Volksbefragung besteht:

- a) aus einem Vorschlag oder einer Auswahl von Vorschlägen zu einer Materie, die im Zuständigkeitsbereich des Landtages liegt
- b) aus einem Vorschlag oder einer Auswahl von Vorschlägen zu einer Materie, die im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liegt
- c) sowie aus einer kurzen und gut verständlichen Umschreibung des Ziels der Abstimmung in Form einer Frage, die nicht irreführend sein darf.

Art. 16 Fristen und Unterschriftenzahl bei der Volksbefragung

1. Eine Vorlage wird der Volksbefragung unterworfen, wenn:

- a) 5.000 in Südtirol ansässige und zu den politischen Wahlen berechnete italienische Staatsbürger/innen oder in Südtirol ansässige Angehörige von EU-Mitgliedsländern innerhalb 90 Tagen ein entsprechendes Begehren unterstützen
- b) die absolute Mehrheit des Landtages eine Volksbefragung beschließt
- c) zwei Drittel der Mitglieder der Landesregierung eine Volksbefragung beschließen

d) recepire una controproposta.

5. Qualora il termine venga interrotto per fine legislatura, riprende a decorrere il termine di 390 giorni per la trattazione nella Commissione legislativa e nell'assemblea plenaria e rispettivamente dal/dalla competente assessore/a o dalla Giunta provinciale con l'inizio della nuova legislatura.

Art. 14 Contemporaneità di disegni di legge

1. Disegni di legge aventi lo stesso oggetto che vengono presentati al/alla Presidente del Consiglio provinciale successivamente alla pubblicazione, possono essere trattati solo dopo la positiva o negativa chiusura della fase di valutazione del primo, a meno che i/le proponenti previsti/e dall'art. 3, comma 2 non siano d'accordo per una loro cumulazione.

Capitolo 3 Il referendum consultivo

Art. 15 L'oggetto del referendum consultivo

1. Il risultato di un referendum consultivo è l'espressione di un parere politico-amministrativo non vincolante espresso direttamente dagli elettori e dalle elettrici e rivolto al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale che può concernere ogni oggetto del processo di formazione della volontà politica d'interesse pubblico.

2. L'oggetto sottoposto a referendum consultivo si compone:

- a) di una proposta o di un elenco di proposte riguardante materie che ricadono fra le competenze del Consiglio provinciale
- b) di una proposta o di un elenco di proposte riguardante materie che ricadono fra le competenze della Giunta provinciale
- c) nonché di un quesito che descriva in forma breve e comprensibile gli obiettivi della consultazione.

Art. 16 Termini e numero di firme richiesto per il referendum consultivo

1. Un oggetto è sottoponibile a referendum consultivo quando:

- a) 5.000 cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano supportano l'istanza con l'apposizione della propria firma entro 90 giorni
- b) viene richiesta la consultazione dalla maggioranza assoluta del Consiglio provinciale
- c) viene richiesta la consultazione da due terzi della Giunta provinciale

2. Für die allgemeinen Verfahrensbestimmungen gelten die Regelungen wie in Abschnitt I Art. 2 bis 8 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen.

Art. 17

Volksbefragung in einem Teil des Landes

1. Wenn eine Volksbefragung Vorlagen zum Gegenstand hat, die sich ausschließlich auf einen Teil der Provinz beziehen, kann im Begehren des Volkes beziehungsweise im Beschluss des Landtages oder der Landesregierung vorgesehen werden, dass die Volksbefragung nur in einem Teil des Landes stattfindet. Im Antrag auf Volksbefragung sind genau die Gemeinden anzugeben, deren Bevölkerung aufgerufen ist, sich bei der Volksbefragung zu äußern.

2. Soll die Volksbefragung nur in einem Teil der Provinz stattfinden, dann reduziert sich die Anzahl der in den betroffenen Gemeinden zur Unterstützung nötigen Unterschriften gemäß Art. 16 Absatz 1 a) auf 2% der in den angegebenen Gemeinden wahlberechtigten Bevölkerung.

3. Gemeinden, die nicht zu den gemäß Absatz 1 angegebenen Gemeinden gehören, können sich an der Volksbefragung beteiligen, wenn ein entsprechendes Begehren aus ersten Gemeinden zustande kommt. Die Frist für die Einreichung der notwendigen Unterschriften gemäß Absatz 2 beginnt für diese Gemeinden mit der Veröffentlichung des Antrages auf Volksbefragung gemäß Art. 3 Absatz 6 beziehungsweise mit der Veröffentlichung der Beschlüsse gemäß Art. 16 Absatz 1 b - d im Amtsblatt der Region. Für alle weiteren Verfahrensregeln gelten die Regelungen wie in Abschnitt I Art. 2 bis 8 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen.

Art. 18

Befragung zu einer Auswahl von Vorschlägen

1. In einer Volksbefragung kann eine Vorlage bestehend aus mehreren Vorschlägen zur Abstimmung gebracht werden.

2. Stehen mehrere Vorschläge zur Auswahl, dann werden Abstimmungsformulare verwendet, die maschinell ausgezählt werden können. In diesem Fall kann ein einziger Vorschlag angekreuzt oder können mehrere Vorschläge in der Reihenfolge des gegebenen Vorzugs mit den Zahlen 1, 2, 3, ... in absteigender Wertung ausgewählt werden, so daß sich eine Prioritätenfolge ergibt. Die höchste Zustimmung erhält jener Vorschlag, der am häufigsten mit der Ziffer 1 ausgezeichnet wurde. Bei der Auswertung ist auch die Reihenfolge der Bevorzugung der einzelnen Vorschläge festzuhalten.

3. Das Auswertungsverfahren wird mit eigener Durchführungsbestimmung festgelegt.

Art. 19

Einleitung, Durchführung und Ausgang der Volksbefragung

1. Ist ein Begehren gemäß Art. 16 Absatz 1 b - d zustande gekommen, kommt die Vorlage zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung, unter Berücksichtigung der Bestimmungen gemäß Art. 17 Absatz 3.

2. Ist ein Begehren gemäß Art. 16 Absatz 1 a zustande

2. Sotto il profilo procedurale si fa riferimento alle norme di cui al titolo I, articoli da 2 a 8 della presente legge.

Art. 17

Referendum consultivo in una parte della Provincia

1. Se un voto consultivo ha per contenuto un oggetto che si riferisca solo ad una parte della Provincia può essere previsto che la consultazione avvenga solo nella parte di Provincia interessata. Nella richiesta di referendum consultivo devono essere identificati i comuni la cui popolazione è chiamata ad esprimere il proprio parere.

2. Se la consultazione avviene solo in una parte della Provincia, il numero di firme a sostegno necessarie di cui all'art. 16, comma 1 a si riduce al 2% delle elettrici e degli elettori che risiedono nei comuni interessati.

3. I comuni che non sono stati ricompresi ai sensi del comma 1 possono partecipare alla consultazione qualora dagli stessi comuni provenga una relativa valida richiesta. Il termine di presentazione delle firme necessarie ai sensi dell'art. 2 si inizia per detti comuni a partire dalla pubblicazione dell'istanza di indizione del referendum consultivo ai sensi dell'art. 3, comma 6 o della pubblicazione delle richieste di cui all'art. 16, commi b - d nel Bollettino ufficiale della Regione. Per tutte le rimanenti norme procedurali sono valide le norme previste negli artt. 2 a 8 del titolo I della presente legge.

Art. 18

Consultazione riguardo a un elenco di proposte

1. Si possono sottoporre a consultazione anche una pluralità di proposte.

2. Qualora venga sottoposta a consultazione una pluralità di proposte, devono essere utilizzate schede il cui conteggio può essere effettuato meccanicamente. In questo caso può essere votata una sola proposta o si possono enumerare con le cifre 1, 2, 3, ..., in ordine di gradimento decrescente, più proposte creando un ordine prioritario. Viene ritenuta la più votata la proposta che è stata più volte contrassegnata con la cifra 1. Nella elaborazione del risultato deve essere preso in considerazione anche l'ordine di preferenza delle singole proposte.

3. Il metodo di elaborazione del risultato viene determinato con apposito regolamento di esecuzione.

Art. 19

Presentazione, svolgimento ed esito del referendum consultivo

1. Una volta promossa un'istanza ai sensi dell'art. 16, comma 1 b - d, l'iter si compie con la votazione tenendo conto delle norme previste nell'art. 17, comma 3.

2. Una volta promossa un'istanza ai sensi dell'art. 16, comma 1 a, saranno applicate le disposizioni di cui agli artt.

gekommen, werden die Bestimmungen in Art. 12 und 13 angewandt. Sind die in den beiden Artikeln vorgesehenen, aber um die Hälfte verkürzten Behandlungsfristen abgelaufen, kommt die Vorlage zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung.

3. Für die Abstimmung gelten die Regelungen von Abschnitt III des Gesetzes.

4. Der Zuständigkeit entsprechend nimmt der Landtag oder die Landesregierung zum Ausgang der Befragung Stellung und faßt einen begründeten Beschluß, in dem er/sie sich für dessen Annahme oder dessen Ablehnung ausspricht. Der Beschluß wird vom Landespresseamt vollinhaltlich allen lokalen Nachrichtenorganen bekannt gemacht.

ABSCHNITT III

Die Stimmrechte

Kapitel 1

Die Volksinitiative

Art. 20

Die Vorlage der Volksinitiative

1. Die Vorlage besteht:
- a) aus den genauen Daten und dem Titel des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung zu einem Gesetz, das/die zur Gänze oder teilweise abgeschafft werden soll
 - b) oder aus einem ausformulierten Gesetzentwurf
 - c) oder aus einer ausformulierten Beschlußvorlage zu einer Durchführungsverordnung zu einem Gesetz
 - d) oder aus einer ausformulierten Beschlußvorlage zu einem Verwaltungsakt von Landesinteresse
 - e) sowie aus einer kurzen und gut verständlichen Umschreibung des Ziels der Abstimmung in Form einer Frage, die nicht irreführend sein darf.

2. Kommt eine Volksinitiative zustande, mündet sie, vorbehaltlich einer vollinhaltlichen Annahme der Vorlage durch den Landtag beziehungsweise durch die Landesregierung und dem darauffolgenden Beschluß der Mehrheit der Einbringer/innen gemäß Art. 3 Absatz 1, innerhalb 15 Tagen, die Volksinitiative zurückzuziehen, in einer Abstimmung an der Urne.

Art. 21

Fristen und Unterschriftenzahl bei der Volksinitiative

1. Die Volksinitiative ist ordnungsgemäß im Amt für Wahlen und Abstimmungen eingereicht, wenn sie innerhalb 180 Tagen von mindestens 10.000 in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen oder in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist.

2. Für die allgemeinen Verfahrensbestimmungen gelten die Regelungen wie in Abschnitt I Art. 2 bis 8 des vorliegenden Gesetzes.

12 e 13. Qualora i periodi di trattazione, previsti dai suddetti articoli ma dimezzati, siano scaduti, l'iter si compie con la votazione alla successiva scadenza.

3. Per la votazione sono valide le norme previste nel titolo III della presente legge.

4. Con riguardo alla relativa competenza, il Consiglio provinciale o la Giunta provinciale prende posizione riguardo all'esito della consultazione e prende una decisione motivata con la quale si esprime o a favore o a sfavore di detto esito. La decisione viene comunicata dall'Ufficio stampa della Provincia a tutti gli organi di informazione locali.

TITOLO III

Il potere deliberativo

Capitolo 1

L'iniziativa popolare (referendum propositivo ed abrogativo)

Art. 20

L'oggetto dell'iniziativa popolare

1. L'oggetto si compone delle seguenti parti:
- a) dei dati esatti e del titolo della legge o del regolamento d'esecuzione di una legge che si propone di abolire in tutto o in parte
 - b) ovvero di una proposta di legge formulata nella sua completezza
 - c) ovvero di una mozione di delibera di regolamento d'esecuzione su una legge, formulata nella sua completezza
 - d) ovvero di una mozione di delibera su un atto amministrativo d'interesse provinciale, formulata nella sua completezza
 - e) nonché di una descrizione sintetica e chiaramente comprensibile degli obiettivi dell'iniziativa sotto forma di quesito che non può essere fuorviante.

2. Una volta presentata l'iniziativa popolare, fatto salvo il completo accoglimento della proposta da parte del Consiglio provinciale ovvero della Giunta provinciale, e fatta salva la successiva facoltà della maggioranza dei/delle proponenti di cui all'art. 4, capitolo 1 di ritirare la proposta entro 15 giorni, l'iter si compie con il voto espresso dalla cittadinanza.

Art. 21

Termini e numero di firme richiesto per l'iniziativa popolare

1. L'iniziativa popolare s'intende regolarmente presentata all'Ufficio elezioni e referendum della Provincia se entro 180 giorni essa è sottoscritta da almeno 10.000 cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano.

2. Per la procedura generale si applicano le disposizioni di cui al titolo I, artt. da 2 a 8 della presente legge.

den Gesetzes.

3. Eine Volksinitiative kann auch von mindestens zehn Gemeinderatsversammlungen veranlaßt werden, die nicht weniger als ein Zehntel der Bevölkerung in der Provinz, gemäß den Daten der letzten allgemeinen Volkszählung, vertreten und einen gemeinsamen Antrag jeweils mit absoluter Mehrheit beschließen.

Art. 22 Die indirekte Volksinitiative

1. Die indirekte Volksinitiative besteht aus einer Vorlage, die schon mittels Volksbegehren eingebracht und im Landtag beziehungsweise von der Landesregierung behandelt, aber nicht vollinhaltlich angenommen worden ist und die unverändert eingereicht wird. In diesem Fall ist eine erneute Überprüfung der Zulässigkeit nicht nötig, und es unterbleibt eine erneute Behandlung im Landtag beziehungsweise durch die Landesregierung.

2. Erfolgt eine substantielle Änderung an einer als Volksbegehren im Landtag beziehungsweise in der Landesregierung behandelten Vorlage, dann muß diese abgeänderte Vorlage gemäß Art. 22 als direkte Volksinitiative eingereicht werden.

3. Erhält eine indirekte Volksinitiative die nötige Unterstützung, dann kommt sie alleine oder zusammen mit einem Gegenvorschlag des Landtages beziehungsweise der Landesregierung zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung.

Art. 23 Die direkte Volksinitiative

1. Die direkte Volksinitiative besteht aus einer Vorlage, die nicht bereits als Volksbegehren im Landtag beziehungsweise in der Landesregierung behandelt worden ist und folglich nach erfolgreicher Einreichung und vor der Volksabstimmung gemäß Art. 12 und 13 im Landtag beziehungsweise von der Landesregierung zu behandeln ist.

2. Die zuständige Gesetzgebungskommission beziehungsweise der/die zuständige Landesrat/rätin muß innerhalb 30 Tagen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung der Vorlage der direkten Volksinitiative seitens der/des Landtagspräsidentin/en oder des/der Landeshauptmannes/Landeshauptfrau mit der Prüfung der Vorlage beginnen. Die Behandlung in der Gesetzgebungskommission beziehungsweise durch den/die zuständige/n Landesrat/rätin wird entweder innerhalb 180 Tagen nach ihrer Übermittlung abgeschlossen und ein entsprechender Beschluß an den Landtag beziehungsweise an die Landesregierung weitergeleitet, oder die Vorlage wird ohne einen solchen nach Ablauf dieser Frist zur endgültigen Stellungnahme dem Landtag beziehungsweise der Landesregierung übermittelt.

3. Der Landtag beziehungsweise die Landesregierung behandelt die Vorlage innerhalb einer Frist von 180 Tagen und beschließt mehrheitlich die Annahme, Ablehnung oder Ausarbeitung eines Gegenvorschlages, der zusammen mit der Volksinitiative zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung gebracht wird. Die Opposition kann einen Minderheitenbericht vorlegen.

3. Un'iniziativa popolare può anche essere promossa da almeno dieci consigli comunali che rappresentino non meno di un decimo della popolazione della provincia in base ai dati dell'ultimo censimento generale e che deliberino a maggioranza assoluta una mozione comune.

Art. 22 L'iniziativa popolare indiretta

1. L'iniziativa popolare indiretta consiste in un oggetto già presentato tramite proposta di iniziativa popolare e discusso dal Consiglio o dalla Giunta provinciale, ma non approvato nella pienezza del suo contenuto, e ripresentato senza modifiche. In tale caso non va eseguita una nuova verifica d'ammissibilità, né si deve procedere ad una nuova discussione da parte del Consiglio o della Giunta provinciale.

2. Qualora un oggetto già presentato in forma di proposta d'iniziativa popolare in Consiglio provinciale ovvero in Giunta provinciale subisca delle modifiche sostanziali, la versione modificata va trattata come iniziativa popolare diretta ai sensi di quanto disposto dall'art. 22.

3. Qualora un'iniziativa popolare indiretta ottenga le adesioni necessarie, essa va sottoposta alla votazione entro i termini più vicini possibili, da sola o insieme ad una controproposta del Consiglio o della Giunta provinciale.

Art. 23 L'iniziativa popolare diretta

1. L'iniziativa popolare diretta consiste nella presentazione di un oggetto che non sia stato ancora trattato come proposta di iniziativa popolare dal Consiglio o dalla Giunta provinciale, e che di conseguenza va discussa dal Consiglio o dalla Giunta provinciale previa presentazione regolare della proposta e prima dello svolgimento della votazione ai sensi di quanto disposto dagli artt. 12 e 13.

2. Entro 30 giorni dall'invio dell'oggetto di iniziativa popolare diretta da parte del/della Presidente del Consiglio provinciale ovvero del/della Presidente della Provincia, la Commissione legislativa competente, ovvero l'assessore o l'assessora competente, è tenuto/a ad iniziare l'esame della proposta. L'esame da parte della Commissione legislativa ovvero dell'assessore o dell'assessora competente deve concludersi entro 180 giorni dal suo invio, con conseguente presentazione di una relativa mozione di delibera al Consiglio o alla Giunta provinciale, ovvero, trascorso tale termine, con invio al Consiglio provinciale o alla Giunta provinciale per un parere definitivo senza presentazione di una relativa mozione di delibera.

3. Entro il termine di 180 giorni il Consiglio provinciale ovvero la Giunta provinciale esamina l'oggetto e delibera a maggioranza di approvarlo o respingerlo, ovvero di elaborare una controproposta da presentare agli elettori insieme all'iniziativa popolare entro il primo termine utile successivo. L'opposizione ha facoltà di presentare una relazione di minoranza.

Kapitel 2 Das Referendum

Art. 24 Die Vorlage des Referendums

1. Die Vorlage besteht:
 - a) aus dem Wortlaut des Gesetzes, dem Datum seiner Verabschiedung durch den Landtag, dem Datum und der Nummer des Amtsblattes der Region, in dem es veröffentlicht worden ist sowie aus der Frage: „Stimmen Sie dem Gesetz zur ... zu, welches vom Landtag am ... verabschiedet und im Amtsblatt der Region Nr. ... vom ... veröffentlicht worden ist?“
 - b) oder aus dem Wortlaut des Vorschlages gemäß Artikel 103 Absatz 2 des Autonomiestatutes, dem Datum seiner Verabschiedung durch den Landtag, dem Datum und der Nummer des Amtsblattes der Region, in dem es veröffentlicht worden ist sowie aus der Frage: „Stimmen Sie dem Vorschlag zur Abänderung des Autonomiestatutes ... zu, welches vom Landtag am ... verabschiedet und im Amtsblatt der Region Nr. ... vom ... veröffentlicht worden ist?“
 - c) oder aus dem Wortlaut der Durchführungsverordnung, dem Datum ihrer Verabschiedung durch die Landesregierung, dem Datum und der Nummer des Amtsblattes der Region, in dem sie veröffentlicht worden ist sowie aus der Frage: „Stimmen Sie der Durchführungsverordnung zur ... zu, welche von der Landesregierung am ... verabschiedet und im Amtsblatt der Region Nr. ... vom ... veröffentlicht worden ist?“
 - d) oder aus dem Wortlaut des Verwaltungsaktes von öffentlichem Interesse, dem Datum seiner Verabschiedung durch die Landesregierung, dem Datum und der Nummer des Amtsblattes der Region, in dem er veröffentlicht worden ist sowie aus der Frage: „Stimmen Sie dem Verwaltungsakt zur ... zu, welcher vom Landtag am ... verabschiedet und im Amtsblatt der Region Nr. ... vom ... veröffentlicht worden ist?“

Art. 25 Fristen und Unterschriftenzahl beim Referendum

1. Der Antrag auf Referendum gemäß Art. 3 muß innerhalb fünf Tagen ab der Beschlußfassung durch den Landtag beziehungsweise durch die Landesregierung vorgelegt werden. Wird ein entsprechender Antrag eingereicht, teilt das Amt für Wahlen und Abstimmungen dies sofort dem/der Landtagspräsident/in und dem/der Landeshauptmann/Landeshauptfrau mit. Letztere/r sorgt für die sofortige Veröffentlichung der Beschlussvorlage im Amtsblatt der Region, und zwar ohne laufende Nummer und ohne Kundmachungsklausel.

2. Die Referendumsvorlage gemäß Art. 24 Absatz 1 a, b und c ist ordnungsgemäß im Amt für Wahlen und Abstimmungen eingereicht, wenn sie innerhalb 90 Tagen ab Veröffentlichungsdatum der Beschlußvorlage von mindestens 7.500 in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen oder in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist.

Capitolo 2 Il referendum confermativo

Art. 24 L'oggetto del referendum confermativo

1. L'oggetto del referendum si compone delle seguenti parti:
 - a) il testo della legge, la data della sua approvazione da parte del Consiglio provinciale, la data e il numero del Bollettino ufficiale della Regione in cui è stata pubblicata e il quesito „È favorevole alla legge su ..., approvata dal Consiglio provinciale il ... e pubblicata nel Bollettino ufficiale della Regione n. ... del ...?“
 - b) ovvero il testo della proposta ai sensi dell'art. 103, comma 2 dello Statuto d'autonomia, la data della sua approvazione da parte del Consiglio provinciale, la data e il numero del Bollettino ufficiale della Regione in cui è stata pubblicata e il quesito: „È favorevole alla proposta di modifica dello Statuto d'autonomia approvata dal Consiglio provinciale il ... e pubblicata nel Bollettino ufficiale della Regione n. ... del ...?“
 - c) ovvero il testo del regolamento d'esecuzione, la data della sua approvazione da parte del Consiglio provinciale, la data e il numero del Bollettino ufficiale della Regione in cui è stato pubblicato e il quesito: „È favorevole alla proposta di modifica dello Statuto d'autonomia approvata dal Consiglio provinciale il ... e pubblicata nel Bollettino ufficiale della Regione n. ... del ...?“
 - d) ovvero il testo dell'atto amministrativo di pubblico interesse, la data della sua approvazione da parte della Giunta provinciale, la data e il numero del Bollettino ufficiale della Regione in cui è stato pubblicato e il quesito: „È favorevole all'atto amministrativo approvato dalla Giunta provinciale il ... e pubblicato nel Bollettino ufficiale della Regione n. ... del ...?“

Art. 25 Termini e numero di firme per il referendum confermativo

1. La richiesta di referendum di cui all'art. 3 va presentata entro cinque giorni dall'adozione della delibera da parte del Consiglio ovvero della Giunta provinciale. Qualora venga presentata una richiesta, l'Ufficio elezioni e referendum provvede immediatamente a comunicarlo alla/al Presidente del Consiglio ovvero della Giunta provinciale che, a sua volta, provvede all'immediata pubblicazione della relativa proposta di delibera nel Bollettino ufficiale della Regione omettendo il numero progressivo e la clausola di promulgazione.

2. L'oggetto del referendum di cui all'art. 24, comma 1, lettere a, b e c si intende validamente presentata all'Ufficio elezioni e referendum se essa viene sottoscritta da almeno 7.500 cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano entro 90 giorni dalla pubblicazione della proposta.

3. L'oggetto del referendum di cui all'art. 24, comma 1,

3. Die Referendumsvorlage gemäß Art. 24 Absatz 1 d ist ordnungsgemäß im Amt für Wahlen und Abstimmungen eingereicht, wenn sie innerhalb 45 Tagen ab Veröffentlichungsdatum der Beschlußvorlage von mindestens 7.500 in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen oder in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist.

4. Für die allgemeinen Verfahrensbestimmungen gelten die Regelungen wie in Abschnitt I Art. 2 bis 8 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen.

5. Ist das Referendumsbegehren zustande gekommen, kommt die Vorlage zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung.

lettera d si intende validamente presentata all'Ufficio elezioni e referendum se essa viene sottoscritta da almeno 7.500 cittadini/e italiani/e aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano o cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano entro 45 giorni dalla pubblicazione della proposta.

4. Per la procedura generale si applicano le disposizioni di cui al titolo I, artt. da 2 a 8 della presente legge.

5. Una volta dichiarata la regolarità dell'istanza referendaria, l'iter si compie con la votazione alla prossima data utile.

ABSCHNITT IV

Verfahrensbestimmungen zur Volksabstimmung

Art. 26

Gegenstand der Volksabstimmung

1. Gegenstände einer Volksabstimmung können sein:
- Volksbefragungsvorlagen
 - Volksinitiativevorlagen
 - vom Landtag beziehungsweise von der Landesregierung zu Volksinitiativen beschlossene Gegenvorschläge
 - Referendumsvorlagen.

Art. 27

Abstimmungsberechtigung

1. Zur Abstimmung berechtigt sind alle in Südtirol ansässigen und zu den politischen Wahlen berechtigten italienischen Staatsbürger/innen und die in Südtirol ansässigen Angehörigen von EU-Mitgliedsländern.

Art. 28

Fragestellung der Volksabstimmung

1. Die Stimmberechtigten nehmen eine Vorlage mit Ja an und lehnen sie mit Nein ab. Die Fragen müssen entsprechend formuliert sein.

2. Bei zwei Vorlagen zum gleichen Gegenstand haben die Stimmberechtigten zusätzlich zur Annahme oder Ablehnung der einzelnen Vorlagen die Möglichkeit, in einer Stichfrage zu entscheiden, welche von den verschiedenen Vorlagen, wenn sie beide mehrheitlich angenommen worden sind, in Kraft treten soll.

Art. 29

Anberaumung der Volksabstimmung

1. Volksabstimmungen können dreimal im Jahr stattfinden. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen gibt die Termine der Abstimmungssonntage innerhalb 15. Dezember für das darauffolgende Jahr bekannt. Sie werden mit Dekret des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau beschlossen und im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Legt es die ge-

TITOLO IV

Disposizioni procedurali per il voto popolare

Art. 26

L'argomento della votazione

1. Può essere soggetto alla votazione:
- l'oggetto di un referendum consultivo
 - l'oggetto di un'iniziativa popolare
 - una controproposta deliberata dal Consiglio provinciale o dalla Giunta provinciale
 - l'oggetto di un referendum confermativo.

Art. 27

Diritto al voto referendario

1. Possono esercitare il diritto al voto referendario tutte le persone con cittadinanza italiana aventi diritto al voto per le elezioni politiche residenti in Provincia di Bolzano e i/le cittadini/e di paesi membri della UE residenti in Provincia di Bolzano.

Art. 28

Quesito della votazione

1. Le elettrici e gli elettori accolgono un oggetto col SÌ e lo respingono col NO. I quesiti sono formulati in modo da garantire tale principio.

2. In presenza di due oggetti sottoposti a votazione, riguardanti la medesima materia, le elettrici e gli elettori, oltre ad esprimersi sull'accoglimento o rifiuto dei due oggetti, hanno inoltre la facoltà di indicare, in una domanda risolutiva, nel caso che tutti e due gli oggetti siano stati accolti dalla maggioranza, quale di essi debba entrare in vigore.

Art. 29

Data di svolgimento della votazione

1. Le votazioni possono avere luogo tre volte all'anno. L'Ufficio elezioni e referendum rende note le domeniche referendarie entro il 15 dicembre dell'anno precedente quello di riferimento. Tali date sono fissate con decreto della/del Presidente della Provincia e pubblicate nel Bollettino ufficiale della Regione. Qualora il ridotto numero di votazioni lo renda

ringe Zahl der Abstimmungen nahe, ist die Landesregierung befugt, deren Kumulierung auf einen späteren Abstimmungstag zu beschließen.

2. Alle abstimmungsberechtigten Vorlagen werden an das Amt für Wahlen und Abstimmungen weitergeleitet und kommen zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung.

3. Gesetzt den Fall, daß nach der Anberaumung der Volksabstimmung der Landtag aufgelöst und die entsprechende Ausschreibung der Wahlen im Amtsblatt der Region veröffentlicht wird, kann das Amt für Wahlen und Abstimmungen die Durchführung der Volksabstimmung unterbrechen und diese bis zum nächsten Abstimmungssonntag gemäß Absatz 1 verschieben. Eine Zusammenlegung einer Wahl und einer Volksabstimmung kann nur in begründeten Ausnahmefällen von der Landesregierung beschlossen werden. Ausgeschlossen ist eine Zusammenlegung von Wahlen und Abstimmungen, die sich auf dieselbe Verwaltungsebene beziehen.

4. Die Volksabstimmung wird mit Dekret des/der Landeshauptmannes/Landeshauptfrau anberaumt, das nicht weniger als fünfzig und nicht mehr als 60 Tage vor deren Durchführung zu erlassen ist.

Art. 30 Abstimmungsprengel

1. In jedem Sprengel wird in Anwendung der im Regionalgesetz vom 8. August 1983 Nr. 7 und in den nachfolgenden Änderungen enthaltenen Bestimmungen ein Abstimmungsamt errichtet, das aus einem/einer Vorsitzenden und fünf Stimmzählern/innen zusammengesetzt ist.

2. Wenn mehrere Vorlagen gleichzeitig zur Volksabstimmung kommen, werden die den Mitgliedern der Sprengelabstimmungsämter auf Grund des im vorstehenden Absatz genannten Gesetzes zustehenden festen Bezüge um 5,16 Euro erhöht.

Art. 31 Feststellung der Zahl der Stimmen und Ausrufung des Abstimmungsergebnisses

1. Eine Ausfertigung der Niederschriften über die Amtshandlungen der Sprengelabstimmungsämter und eine Ausfertigung der Stimmzählungstabellen werden dem Amt für Wahlen und Abstimmungen übermittelt.

2. Das Amt für Wahlen und Abstimmungen stellt sofort nach Erhalt der Niederschriften sämtlicher Abstimmungsämter und jedenfalls nicht später als 15 Tage nach Durchführung der Volksabstimmung in öffentlicher Sitzung die Gesamtzahl der Stimmberechtigten fest, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, stellt weiters die Summe der Ja-Stimmen und der Nein-Stimmen zur gestellten Frage und, wenn gestellt, das Ergebnis der Stichfrage fest und gibt dann das Ergebnis der Volksabstimmung bekannt. Über diese Handlungen wird eine Niederschrift in drei Ausfertigungen verfaßt, wovon eine beim Amt für Wahlen und Abstimmungen hinterlegt wird und die anderen dem/der Landeshauptmann/Landeshauptfrau, und dem/der Präsidenten/in des Landtages übermittelt werden.

consigliabile, la Giunta provinciale ha la facoltà di cumularle in una successiva scadenza referendaria.

2. Tutti gli oggetti validi al fine della votazione vanno inoltrate all'Ufficio elezioni e referendum e sottoposte alla votazione dell'elettorato in occasione della data utile successiva.

3. Qualora successivamente all'indizione di una votazione il Consiglio provinciale sia sciolto con conseguente indizione delle elezioni nel Bollettino ufficiale della Regione, l'Ufficio elezioni e referendum ha la facoltà di interrompere la preparazione del voto popolare e di rinviarlo alla prima domenica referendaria successiva, secondo quanto disposto dal comma 1. Lo svolgimento di elezioni e di votazioni nella stessa data può essere deciso solo in casi eccezionali e motivati da parte della Giunta provinciale. È escluso un abbinamento di elezioni e votazioni che si riferiscono allo stesso livello amministrativo.

4. La votazione è indetta per decreto del/della Presidente della Provincia da emanare non meno di cinquanta e non più di 60 giorni prima della data di svolgimento.

Art. 30 Circoscrizioni referendarie

1. In ciascuna circoscrizione referendaria è allestito, ai sensi della Legge regionale n. 7 dell'8 agosto 1983 e successive modifiche, un Ufficio referendario composto di una/un Presidente e cinque scrutatrici e scrutatori.

2. Qualora siano sottoposte a votazione popolare più oggetti, le indennità fisse da corrispondere ai componenti degli Uffici referendari circoscrizionali ai sensi della Legge di cui al comma precedente sono aumentate di 5,16 Euro.

Art. 31 Accertamento del numero dei voti e proclamazione del risultato di voto

1. Una copia dei verbali degli atti e delibere amministrativi svolti dagli Uffici referendari circoscrizionali e una copia delle tabelle di spoglio dei voti sono trasmesse all'Ufficio elezioni e referendum.

2. Subito dopo aver ricevuto i verbali di tutti gli Uffici referendari, e in ogni caso non oltre 15 giorni dopo lo svolgimento della consultazione referendaria, l'Ufficio elezioni e referendum provvede in seduta pubblica ad accertare il totale degli aventi diritto di voto presentatisi all'urna, il totale dei voti favorevoli e contrari al quesito posto nonché, se posta la domanda risolutiva, l'esito di essa, rendendo infine noto il risultato del voto. Su tale operazione è redatto un verbale in triplice copia, di cui una è depositata all'Ufficio elezioni e referendum e le due rimanenti trasmesse ai/alle Presidenti rispettivamente della Giunta e del Consiglio provinciale.

Art. 32 Beschwerden und Anfechtungen

1. Über die Beschwerden und Anfechtungen, die den Ablauf der Volksabstimmung betreffen, und die innerhalb drei Tagen nach der Abstimmung eingereicht werden müssen, entscheidet das Verwaltungsgericht. Das Gericht fällt seine Entscheidung, worauf das Amt für Wahlen und Abstimmungen gemäß Art. 30 die Zahl derer, die sich an der Wahl beteiligt haben und die Zahl der gültigen Stimmen genau festlegt.

Art. 33 Veröffentlichung der Ergebnisse

1. Sobald der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau im Besitze der vom Art. 30 vorgesehenen Niederschrift ist, sorgt er/sie für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Volksabstimmung im Amtsblatt der Region.

Art. 34 Ausgang

1. Die Vorlage einer Volksabstimmung ist angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sich dafür ausspricht.

2. Der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau tätigt und veranlaßt alle Amtshandlungen, die nötig sind, damit die bei der Abstimmung angenommenen Vorlagen in Kraft treten können. Wird eine Vorlage mehrheitlich abgelehnt, wird dieses Abstimmungsergebnis ebenfalls im Amtsblatt der Region veröffentlicht.

3. Der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau kann mit entsprechendem Dekret die Wirkung der Abstimmung für höchstens 120 Tage vom Datum der Veröffentlichung aufschieben, um das Entstehen von Rechtslücken zu vermeiden.

Art. 35 Implizite Aufhebung

1. Wenn das Gesetz oder einzelne Bestimmungen, die mittels Volksabstimmung abgeschafft werden sollen, vor dem Datum der Durchführung der Volksabstimmung vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt worden sind, verfügt der/die Landeshauptmann/Landeshauptfrau nach Beschluß der Regierung mit Dekret, daß die entsprechenden Amtshandlungen nicht mehr durchgeführt werden.

Art. 32 Reclami ed impugnazioni

1. Su reclami e impugnazioni riguardanti lo svolgimento della votazione, da presentare entro tre giorni dopo la votazione, decide il tribunale amministrativo. Esso decide in merito dopodiché l'Ufficio elezioni e referendum accerta definitivamente il numero delle/dei partecipanti e il numero dei voti validi ai sensi dell'art. 30.

Art. 33 Pubblicazione dei risultati

1. Appena ricevuto il verbale di cui al precedente art. 30, il/la Presidente dalla Giunta provinciale provvede a pubblicare l'esito del voto nel Bollettino ufficiale della Regione.

Art. 34 Esito

1. L'oggetto sottoposto a voto popolare è accolto se la maggioranza delle/dei votanti si esprime in suo favore.

2. Il/La Presidente dalla Giunta provinciale provvede a tutti gli atti e delibere amministrativi necessari affinché gli oggetti sottoposti a voto popolare approvati possano entrare in vigore. Se un oggetto è respinto dalla maggioranza delle/dei votanti, tale esito del voto è anch'esso pubblicato nel Bollettino ufficiale della Regione.

3. Il/La Presidente della Provincia ha facoltà, con apposito decreto, di sospendere gli effetti del voto popolare per un massimo di 120 giorni dalla data della pubblicazione, al fine di evitare l'insorgenza di vuoti giuridici o legislativi.

Art. 35 Abolizione implicita

1. Qualora la legge o sue singole disposizioni, di cui sia richiesta l'abolizione mediante votazione popolare, siano dichiarate incostituzionali dalla Corte costituzionale, il/la Presidente della Provincia dispone con proprio decreto, in seguito a relativa delibera della Giunta, la non esecuzione dei relativi atti e delibere amministrativi.

ABSCHNITT V Garantieklauseln

Art. 36

Recht auf Nutzung institutioneller Rechtsberatung

1. Wer eine Vorlage für ein Volksbegehren, eine Volksbefragung oder eine Volksinitiative ausarbeiten will, hat das Recht, im gleichen Maße die Beratung des Rechtsamtes des Landtages in Anspruch zu nehmen, wie die Landtagsabgeordneten und soll damit alle nötigen Voraussetzungen haben, eine rechtlich zulässige Vorlage einzubringen. Auf Antrag führt das Rechtsamt eine Vorprüfung durch. Das Ergebnis wird den Antragstellern, dem/der Präsidenten/in des Landtages und der Landesregierung schriftlich mitgeteilt. Das Rechtsamt des Landtages wird dieser zusätzlichen Aufgabe entsprechend ausgestattet.

2. Die Einbringer/innen einer Vorlage für ein Volksbegehren, eine Volksbefragung oder eine Volksinitiative haben gleichermaßen das Recht, für die Übersetzung derselben den Übersetzungsdienst des Landtages in Anspruch zu nehmen.

Art. 37

Information der Stimmberechtigten

1. Bei Beginn einer Unterschriftensammlung zum Volksbegehren, zur Volksbefragung, zur Volksinitiative oder zum Referendum machen die Gemeinden die Vorlage, die Frist für die Unterschriftensammlung und die Möglichkeiten der Leistung der Unterschrift ortsüblich bekannt.

2. Im Zeitraum zwischen dem 30. und dem 40. Tag vor dem Volksabstimmungstermin erhält jede/r Stimmberechtigte zusammen mit der Abstimmungsbenachrichtigung eine Abstimmungsbroschüre. Diese Abstimmungsbroschüre enthält:

- a) den Tag der Abstimmung sowie die Öffnungszeiten der Stimmlokale
- b) eine zusammenfassende, allgemeinverständliche Beschreibung des wesentlichen Inhalts aller Abstimmungsvorlagen in gleichem Umfang
- c) in je gleichem Umfang die Auffassungen der Einbringer/innen des Vorschlags und deren Befürworter/innen, die Gegenpositionen sowie die Auffassungen der Mehrheit des Landtages beziehungsweise der Landesregierung
- d) gemäß der Transparenzregel in Art. 39, die Angabe aller physischen und juristischen Rechtsträger, die an der Finanzierung der Kampagnen für eine Volksbefragung, eine Volksinitiative oder ein Referendum im Ausmaß von mehr als 5.000 Euro beteiligt sind
- e) gegebenenfalls das Ergebnis einer Abstimmung über die Vorlage im Landtag, angegeben in der Summe der Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und der Enthaltungen bei der Abstimmung
- f) die Abstimmungsvorlagen im Wortlaut
- g) ein Muster des Stimmzettels
- h) eine Erläuterung des Abstimmungs- und Auszählungsmodus, insbesondere nach Art. 18.

3. Die Erstellung der Informationsbroschüre obliegt dem/der Direktor/in des Amtes für Wahlen und Abstimmun-

TITOLO V Clausole di garanzia

Art. 36

Diritto alla consulenza giuridica istituzionale

1. Chiunque intenda elaborare un oggetto per una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo o un'iniziativa popolare, ha il diritto di richiedere la consulenza dell'Ufficio legale del Consiglio provinciale nella stessa misura come quella spettante ai consiglieri provinciali, essendo così nella condizione di presentare un oggetto giuridicamente corretto. A richiesta, l'Ufficio legale esegue un esame preliminare. L'esito verrà comunicato per iscritto ai/alle proponenti e rispettivamente al/alla Presidente del Consiglio e della Giunta provinciale. L'Ufficio legale sarà dotato di tutte le strutture necessarie per far fronte a questa incombenza addizionale.

2. I/Le proponenti di un oggetto per una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo o un'iniziativa popolare hanno ugualmente il diritto di avvalersi per la traduzione dell'oggetto in questione del servizio di traduzione.

Art. 37

Informazione degli aventi diritto al voto

1. In coincidenza con l'inizio della raccolta delle firme per una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo, un'iniziativa popolare o un referendum confermativo, i Comuni, secondo le consuetudini locali, rendono noto l'oggetto, il termine di scadenza per la raccolta delle firme nonché le possibilità connesse alla sottoscrizione.

2. Tra il 30esimo e il 40esimo giorno prima della data stabilita per il voto popolare ogni avente diritto al voto riceve assieme all'avviso della votazione un opuscolo informativo contenente:

- a) l'indicazione del giorno in cui si svolgerà la votazione popolare e gli orari di apertura dei seggi
- b) una descrizione riassuntiva, di facile comprensione del contenuto essenziale di ciascun oggetto di votazione in ugual misura
- c) nella stessa misura, rispettivamente i pareri dei/delle proponenti dell'oggetto e dei/delle loro fautori/fautrici, le controproposizioni nonché i pareri della maggioranza del Consiglio provinciale ovvero della Giunta provinciale
- d) ai sensi della regola della trasparenza di cui all'articolo 39, l'indicazione di tutte le persone fisiche e giuridiche che hanno partecipato al finanziamento del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare o del referendum confermativo con più di 5.000 Euro
- e) eventualmente l'indicazione dell'esito del voto sull'oggetto in Consiglio provinciale: voti favorevoli, voti contrari e astensioni
- f) gli oggetti da sottoporre al voto popolare
- g) un facsimile della scheda di voto
- h) una specificazione delle modalità di votazione e di scrutinio, soprattutto ai sensi dell'art. 18.

3. La stesura dell'opuscolo informativo compete al direttore o alla direttrice dell'Ufficio elezioni e referendum. Egli/Ella garantisce una descrizione equilibrata delle diverse

gen. Er/sie garantiert eine objektive und ausgewogene Darstellung der verschiedenen Positionen in gleichem Ausmaß anhand einer schriftlichen Darstellung der Position der Einbringer/innen in der vorgegebenen Länge und der Gegenposition anhand von veröffentlichten Texten, in denen diese bis zum Zeitpunkt der Verfassung der Broschüre für sich geworben hat. Solche Schriften sollen von den Interessierten dem Amt für Wahlen und Abstimmungen zu diesem Zweck zur Kenntnis gebracht werden.

4. Volksabstimmungen sind vor dem Abstimmungstag durch den/die Präsidenten/in des Landtages ohne eine Stellungnahme in den Amtsblättern und Zeitungen, die allgemein für Bekanntmachungen bestimmt sind, bekannt zu machen.

Art. 38

Garantie auf gleichberechtigte Berichterstattung

1. Für die öffentliche Werbung, die im Hinblick auf eine Volksabstimmung stattfindet, und für den Zugang zu den Informationsträgern, werden die für die Parlamentswahlen geltenden Regeln angewandt.

Art. 39

Fairnessregel

1. Wenden Organe, Behörden und andere öffentliche Stellen des Landes oder der Gemeinden zusätzlich zur Information der Stimmberechtigten nach Art. 36 finanzielle Mittel für Werbemaßnahmen zu den Inhalten der Vorlagen des Volksbegehrens, der Volksbefragung, der Volksabstimmung oder des Referendums auf, so sind diese in derselben Höhe den Einbringern zur Werbung für ihre Position zur Verfügung zu stellen.

Art. 40

Transparenzregel

1. Die Einbringer/innen einer Volksbefragung, einer Volksinitiative oder eines Referendums sind verpflichtet, die Quellen und die Beträge der Finanzierung ihrer Kampagne, einschließlich aller für die Unterschriftensammlung und die Werbung für die Volksabstimmung aufgewandten Mittel dem Amt für Wahlen und Abstimmungen bekannt zu geben, sofern von diesen Quellen Beträge von mehr als 5.000 Euro stammen.

2. Die Quellen der Finanzierung sind zusammen mit den Beträgen in der Abstimmungsbroschüre bekannt zu machen. Sollten nach Drucklegung der Broschüre weitere Finanzierungen der Kampagne bekannt werden, dann sind deren Quellen und Beträge mittels Aussendung des Landespresseamtes bekannt zu machen.

posizioni in eguale misura per mezzo di una descrizione per iscritto della posizione dei promotori e delle promotrici della lunghezza prescritta e della controposizione per mezzo di testi pubblicati con i quali essa ha pubblicizzato le proprie posizioni fino al momento della stesura dell'opuscolo. A tale scopo gli/le interessati/e devono portare questi testi a conoscenza dell'Ufficio elezioni e referendum.

4. Le consultazioni devono essere annunciate dal/dalla Presidente del Consiglio provinciale, senza alcuna presa di posizione e prima del giorno di svolgimento, tramite i bollettini ufficiali e gli organi di stampa preposti all'informazione in tal senso.

Art. 38

Garanzia di equa informazione

1. Per la propaganda referendaria e per l'accesso ai mezzi di informazione vengono applicate le regole valide in occasione delle elezioni politiche.

Art. 39

Regola della correttezza

1. Se gli organi, le autorità e altri uffici pubblici della Provincia o dei comuni oltre ai mezzi stanziati per informare gli/le aventi diritto al voto ai sensi dell'articolo 36 impiegano risorse finanziarie per pubblicizzare i contenuti degli oggetti della proposta di iniziativa popolare, del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare e del referendum confermativo, ai/alle proponenti vanno messe a disposizione le stesse somme per la propaganda della propria posizione.

Art. 40

Regola della trasparenza

1. I/Le proponenti di un referendum consultivo, di una iniziativa popolare o di un referendum confermativo sono tenuti/e a comunicare all'Ufficio elezioni e referendum le fonti e l'ammontare del finanziamento della propria campagna, inclusi tutti i mezzi spesi per la raccolta delle firme e per la propaganda referendaria, qualora i singoli importi superino i 5.000 Euro.

2. Le fonti di finanziamento e i relativi importi vanno specificati nell'opuscolo informativo riguardante il voto popolare. Qualora al termine della stampa dell'opuscolo dovessero diventare noti ulteriori finanziamenti della campagna, le relative fonti e gli importi devono essere divulgati da parte dell'Ufficio stampa della Provincia.

ABSCHNITT VI Schlußbestimmungen

Art. 41

Kostenrückerstattung für die Einbringer/innen

1. Den Einbringern/innen eines Volksbegehrens, einer Volksinitiative, einer Volksbefragung oder eines Referendums werden die Kosten zur Unterschriftensammlung, der Förderung der Diskussion und zur Information der Öffentlichkeit erstattet, sofern die in ihnen enthaltenen Vorlagen für zulässig erklärt worden sind und die Volksinitiative, das Referendum oder die Volksbefragung zur Volksabstimmung gelangen oder die Einbringer/innen die Vorlage aufgrund deren vollinhaltlicher Übernahme zurückgezogen haben.

2. Die Erstattung wird mit 0,50 Euro pro erforderlicher Unterschrift für den Volksbegehrensgesetzentwurf und mit 1 Euro pro erforderlicher Unterstützungsunterschrift für eine Volksinitiative, ein Referendum oder eine Volksbefragung festgesetzt.

3. Die Festsetzung und Auszahlung des Erstattungsbeitrages ist spätestens drei Monate nach Abschluß der Behandlung des Volksbegehrens im Landtag oder nach der Feststellung des Ergebnisses der Volksabstimmung schriftlich beim Amt für Wahlen und Abstimmungen zu beantragen. Dieses veranlaßt unverzüglich die Auszahlung an die Einbringer/innen.

4. Den Einbringern/innen wird auf Ansuchen und nach Feststellung der Berechtigung auf Rückerstattung vor der Volksabstimmung eine Vorauszahlung der Hälfte des zustehenden Betrages gewährt.

Art. 42

Durchführungsverordnung

1. Innerhalb 60 Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erläßt der Landtag eine Durchführungsverordnung, die die weiteren Verfahrensmodalitäten für die Anwendung des Volksbegehrens einerseits und der Volksbefragung, der Volksinitiative und des Referendums mittels Volksabstimmung andererseits regelt.

Art. 43

Finanzbestimmung

1. Es gehen zu Lasten des Haushalts des Landtags:
 - a) die Ausgaben für die Kostenrückerstattung an die Einbringer/innen von Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksinitiativen und Referenden
 - b) die Ausgaben für die Abwicklung der Handlungen im Zusammenhang mit der Volksabstimmung, einschließlich die Rückvergütung der von den Gemeinden getragenen Ausgaben für die Wahlsektionen.

TITOLO VI Disposizioni finali

Art. 41

Rimborso delle spese per i/le proponenti

1. Ai/Alle proponenti di una proposta di iniziativa popolare, un referendum consultivo, un'iniziativa popolare o un referendum confermativo vengono rimborsate le spese per la raccolta delle firme, per la promozione della discussione e per la pubblica informazione qualora gli oggetti siano regolarmente proposti e l'iniziativa popolare, il referendum confermativo o il referendum consultivo sia confluito nel voto popolare oppure qualora i/le proponenti abbiano ritirato l'oggetto perché approvato nella pienezza del suo contenuto.

2. Il rimborso viene fissato in misura di 0,50 Euro per ogni sottoscrizione necessaria per un oggetto di proposta di iniziativa popolare e di 1 Euro per ogni sottoscrizione necessaria per una iniziativa popolare, un referendum confermativo o un referendum consultivo.

3. La determinazione e la liquidazione dell'importo rimborsabile devono essere richieste per iscritto presso l'Ufficio elezioni e referendum al più tardi entro tre mesi dopo la conclusione della trattazione della proposta di iniziativa popolare in Consiglio provinciale oppure dopo l'accertamento dell'esito della votazione popolare. Il suddetto Ufficio dispone immediatamente la liquidazione ai/alle proponenti.

4. In seguito a richiesta da parte dei/delle proponenti, e dopo che ne è stato accertato il diritto, verrà effettuato il rimborso anticipato della metà dell'importo spettante prima della data fissata per il voto popolare.

Art. 42

Regolamento attuativo

1. Entro 60 giorni dopo l'entrata in vigore della presente legge il Consiglio provinciale emanerà un regolamento attuativo che definirà le ulteriori modalità procedurali per l'applicazione della proposta di iniziativa popolare, da una parte, e del referendum consultivo, dell'iniziativa popolare e del referendum confermativo che confluisce nel voto popolare, dall'altra parte.

Art. 43

Norma finanziaria

1. Gravano sul bilancio del Consiglio provinciale:
 - a) le spese per il rimborso delle spese ai/alle proponenti di proposte di iniziativa popolare, di referendum consultivi, di iniziative popolari e di referendum confermativi
 - b) le spese per lo svolgimento delle operazioni attinenti al voto popolare, ivi compreso il rimborso delle spese sostenute dai comuni per il funzionamento delle sezioni referendarie.

Anlage 1

Muster für den Stimmzettel einer Volksbefragung, in der mehrere Vorschläge zur Abstimmung kommen

	1. Wahl	2. Wahl	3. Wahl	4. Wahl	5. Wahl	6. Wahl
Vorschlag A	①	②	③	④	⑤	⑥
Vorschlag B	①	②	③	④	⑤	⑥
Vorschlag C	①	②	③	④	⑤	⑥
Vorschlag D	①	②	③	④	⑤	⑥
Vorschlag E	①	②	③	④	⑤	⑥
Vorschlag F	①	②	③	④	⑤	⑥

Vorzusehen sind so viele Wahlmöglichkeiten, wie Vorschläge zur Auswahl stehen.

Bei dem allen anderen gegenüber bevorzugten Vorschlag wird die ① angekreuzt. Wenn eine Folge der Bevorzugungen, also eine 2., 3., 4., x. Wahl angegeben wird, dann werden entsprechend die ②, die ③, die ④ usw. des jeweiligen Vorschlages angekreuzt.

Allegato 1

Modello di una scheda di votazione di un referendum consultivo nel quale vengono poste a votazione più proposte

	1 ^a scelta	2 ^a scelta	3 ^a scelta	4 ^a scelta	5 ^a scelta	6 ^a scelta
Proposta A	①	②	③	④	⑤	⑥
Proposta B	①	②	③	④	⑤	⑥
Proposta C	①	②	③	④	⑤	⑥
Proposta D	①	②	③	④	⑤	⑥
Proposta E	①	②	③	④	⑤	⑥
Proposta F	①	②	③	④	⑤	⑥

Devono essere previste tante possibilità di scelta quante sono le proposte messe a votazione.

Vicino alla proposta di maggiore preferenza viene apposta la crocetta sul cerchietto ①. Qualora venisse indicata una sequenza di preferenze in ordine decrescente, devono essere poste le crocette sui cerchietti ②, ③, ④ e così di seguito in corrispondenza della relativa proposta.